

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Posen Graubenzstr. 5/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche zu Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, jezt ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volksmacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Posen Graubenzstr. 5/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche zu Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, jezt ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 33.

Breslau, Sonnabend, den 8. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Die ruhmvolle deutsche Sozialpolitik.

Jeder Tag der Spezialdebatte des Stats des Innern bringt neues Material zur Illustration des unzähligen Male mißbrauchten Schlagworts von der glänzenden deutschen Sozialpolitik. Welches Gebiet auch behandelt wird — immer wieder zeigt sich die trostlose Unvollkommenheit dieser mit den größten und schönsten Verheißungen eingeleiteten Gesetzgebung. „Wir haben gar keinen Grund, uns anderen Ländern gegenüber auszuhebeln“, sagte am Mittwoch mit voller Berechtigung Genosse K o e r s t e n und er zitierte als wirklich überzeugenden und unwiderleglichen Beweis das Beispiel Englands, das 280 Millionen Mark jährlich für seine Versicherungen ausgibt, in zwei Jahren also soviel bezahlt haben wird, wie Deutschland in 18 Jahren! Koerster konnte aus den reichen Erfahrungen, die er als Gewerkschaftssekretär gesammelt hat, wichtiges und lebendiges Material über die Reichsversicherung vorbringen. Er wandte sich vor allem dagegen, daß der Bundesrat viel zu wenig Gebrauch macht von der Ermächtigung, auch die Berufskrankheiten zu den Betriebsunfällen zu rechnen, und daß eine schädlich wirkende Praxis eingerissen ist. Sehr interessant waren auch seine Angaben über die segensreichen Wirkungen der Reichsversicherungsordnung, die es ermöglicht hat, daß beispielsweise die Landesversicherungsanstalt Berlin 53.000 Mark an Witwen und Waisen in demselben Jahre ausbezahlt hat, in dem sie 737.000 Mark erparierte, die sonst an die Witwen gezahlt worden wären. Genau dasselbe Bild, wie wir es in Schlessen kennen. Einige christliche Gewerkschaftssekretäre, die der Reihe nach aufmarschierten, lehnten, wie es sich für sie gehört, dieses „abfällige Urteil“ ab, mußten aber doch gegen eine Reihe von Schädigungen Einspruch einlegen, von denen die Genossen T a u b a d e l und S a c h s e nachweisen, daß sie gerade dem Optimum des Zentrums zu verbannten sind. Genosse T a u b a d e l, der die Kritik unseres ersten Redners noch ergänzte, protestierte vor allem gegen die Aufspaltung großer Vermögen durch die Landesversicherungsanstalt, während der eigentliche Zweck jeder sozialen Gesetzgebung unerfüllt bleibt — und wies dabei wieder auf die Schlessische Landesversicherungsanstalt hin. Ueber die Verhältnisse im Baugewerbe sprach Genosse S i l b e r s c h m i d t, der die ungeheür geringe Zahl von Revisionen — nur 9 Prozent bei 21.000 Betriebs- und 250.000 Beschäftigten! — mit aller Entschiedenheit rügte. Er regte die Schaffung eines Fonds zur Entschädigung für Erfinder auf dem Gebiet der Unfallverhütungstechnik an und verlangte schließlich sowohl die Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande, wie auch die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterorganisation bei den Vorberatungen über die neuen Unfallverhütungsvorschriften.

Das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ gab Gelegenheit zu einer Aussprache über die Denkschrift, die die Regierung über die Abonnementversicherung vorgelegt hat. Genosse T a u b a d e l sprach sein Entsetzen aus über die auffallende Schlüsselrolle der Regierungsarbeit: daß die Abonnementversicherung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Er betonte demgegenüber daß die Denkschrift ihn von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens noch mehr überzeugt habe. Dieser Auffassung schloß sich der Zentrumsredner Dr. Markour an, während der Nationalliberale Dr. Jund sich mehr der Regierungsanschauung näherte, die von dem Ministerialdirektor Caspar zu begründen versucht wurde.

Der Donnerstag war noch einer Reihe der wichtigsten sozialpolitischen Fragen gewidmet, und so lebhaft auch in den Wandelgängen die Unterhaltung über die tragische Straßburger Affäre war, reizten doch die heute erörterten Probleme das Haus zu größerer Aufmerksamkeit. Nach den Erfahrungen der letzten Tage war es ein fast ungewohnter Anblick, z. B. bei den Verhandlungen über die Wohnungsfrage zahlreiche Abgeordnete an ihren Plätzen und sogar vor der Tribüne versammelt zu sehen.

In der Diskussion über die Abonnementversicherung vertat Genosse Taubadel noch einmal gegen die Regierung und gegen den Nationalliberalen Dr. Jund unsere Auffassung, der auch Herr Giesberts beipflichtete, wiewohl er zugeben mußte, daß auch Zentrumsblätter die unbillige Gewohnheit bereits akzeptiert haben. Genosse Siebel befahte sich vor allem mit der notwendigen Reform des Angestelltenversicherungsgesetzes, dessen tiefe Mängel so eingetreten sind, wie sie schon seinerzeit vom Genossen Mollenhuth vorhergesehen waren. Derselbe Redner wandte sich lebhaft gegen die ganz unzulässige Bevorzugung der Krupp'schen Werkskassen, deren Ausnahmestellung der Ministerialdirektor Dr. Caspar irgendwie zu begründen versuchte.

Der Beitrag, den das Reich einer privaten Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit leistet, hat unsere Fraktion veranlaßt, die Gründung einer „Reichsanstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit“ zu beantragen. Unseren Antrag begründete mit wirksamen Argumenten Genosse Büchner, der namentlich auf die Verantwortlichkeit hinwies, die in einem Reich von

65 Millionen sehr hohe Sterblichkeit durch eine Summe von 800.000 Mfl. zu bekämpfen, die dazu einer privaten Anstalt überlassen werden. Es ist in der Tat Reichsfrage, durch besondere Maßnahmen und durch eine allgemeine, wirklich soziale Wirtschaftspolitik einen erbarmungslosen Krieg gegen dieses furchtbare Uebel zu führen. Davon wollten die bürgerlichen Redner allerdings nichts wissen, sie lehnten auch unseren Antrag ab, nachdem z. B. Herr v. Grae in ihm „kommunistische Geschmätze“ entdeckt hatte. Etwas besser ging es der Resolution, die zur Bekämpfung der Tuberkulose für das nächste Jahr eine Erhöhung des 100 000 Mark betragenden Titels um 50 000 Mark forderte. Sie wurde angenommen, nachdem Genosse Kühle und der konservative Graf Westarp zu ihren Gunsten gesprochen hatten.

Nach Durchberatung mehrerer anderer Fragen wurde schließlich das Wohnungsproblem zur Debatte gestellt. Die Grundlage der Debatte bildete eine Resolution der Budgetkommission auf Erhöhung des in diesem Etat 4 Millionen Mark betragenden Titels zur Förderung des Kleinwohnungswesens. Genosse Böhre stellte wiederum die Forderung nach einem Reichswohnungsgesetz, die dadurch keineswegs überflüssig geworden sei, daß in Preußen endlich ein Entwurf zur Welt gebracht worden ist. Bei den Mängeln dieses Entwurfs und bei seinen zweifelhaften Aussichten sei es dringend notwendig, daß die Wohnungskommission ihre Arbeiten möglichst bald wieder aufnehme. In derselben Richtung sprachen sich der Graf Potodowsky und der Fortschrittler Dr. Probanz aus. Herr Dr. Delbrück aber antwortete bisher nicht auf die freilich indirekten Fragen, die Genosse Böhre ihm vorgelegt hatte.

Der Balkankrieg.

Unter den düsteren und unsicheren Nachrichten, die heute vom Kriegsschauplatz vorliegen, befindet sich keine solche von Adrianopel, ein Zeichen, daß dort der Stand der Dinge keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Nur von Tschataldscha und Gallipoli liegen einige sich allerdings widersprechende Nachrichten vor. Die erste ist aus Sofia und lautet:

Sofia, 6. Februar. (Agence Bulgare.) Die türkische Armee vor Gallipoli ist gestern von den Bulgaren südlich vom Flusse Kawaal geschlagen worden und hat sich, von den Bulgaren verfolgt, in großer Unordnung auf Bulair zurückgezogen. Durch diesen Erfolg ist fast die ganze Küste des Marmarameeres bis Bulair in den Händen der Bulgaren.

Diese Meldung findet eine nur teilweise Bestätigung aus Konstantinopel:

Konstantinopel, 6. Februar. Unklar ist über die Kämpfe vom 4. Februar gemeldet: Der Feind, der mit einem Teil seiner Streitkräfte in dem Gelände von Gallipoli steht, schob mehrere Regimenter von Kavallerie gegen Kawaal vor, wo eine türkische Abteilung stand. Es kam zu einem Kampfe, der bis zum Abend dauerte und der zu unseren Gunsten endete. Mit Einbruch der Nacht zogen sich unsere Truppen gemäß vorherigen Befehlen auf Bulair zum größten Teil zurück, ohne daß der Feind sie verfolgen konnte. Eine andere feindliche Abteilung rückte gegen Myriophito am Marmarameere vor und besetzte den Ort, der nur von einigen Gendarmen besetzt worden war. Die Korvette „Zahaf“ wurde in der Richtung nach Scharfoehi vorrückenden feindlichen Streitkräften ernste Verluste zu. Der Feind konnte über Kamitio hinaus nicht vorrücken.

Von der Tschataldschalinte liegt folgendes Telegramm vor:

Konstantinopel, 6. Februar. Die Bulgaren zogen sich auf die Linke von Tcherkesskoj zurück.

Vielleicht liegt die Erklärung für diesen Rückzug in folgendem Londoner Telegramm ein Umgehungsmanöver Enver Beis. Darnach soll es Enver Beigelungen sein, eine Flankbewegung von nicht geringer Bedeutung auszuführen. Er soll mit 20.000 Mann, die bis dahin bei Zembid auf der asiatischen Seite des Marmara-Meeres lagerten, westlich von Tschataldscha gelandet sein. Die Folge davon war, daß die Bulgaren, um nicht abgeschnitten zu werden, Tcherkesskoj räumen mußten, nachdem sie es vorher angezündet hatten. Aus bisher unbekanntem Gründen haben die Türken die Bulgaren nicht verfolgt. Es ist möglich, daß sie eine Falle fürchteten. Auch der Wald in der Nähe von Tschataldscha ist, wie ein Eisenbahnbeamter dem Berichterstatter der „Daily News“ mitteilte, niedergebrannt worden. Nach Meldungen von Reuters Agentur haben die Bulgaren auf ihrem Rückzuge von Tschataldscha alle Brücken und die Eisenbahn zerstört.

Bulgarische Großsprecheret.

General S f a w o w hat einen neuen Tagesbefehl an die Armee gerichtet, in dem er erklärt, die Türken hätten durch die Art, in der sie die Verhandlungen führten, bewiesen, daß sie nur Zeit gewinnen wollten. Aber sie hätten sich sehr getuschelt denn diese Zeit sei von der bulgarischen Armee dazu benutzt worden, ihre Streitkräfte aus Mazedonien und aus Nordbulgarien, die nicht an den großen Kämpfen in Thrakien teilgenommen hätten, zu konzentrieren und sich reichlich mit Lebensmitteln und Munition zu versorgen. „Wir sind jetzt vollkommen bereit“, erklärt

der Tagesbefehl, „mehr bereit als vor der Kriegserklärung, und um den Widerstand des Feindes endgültig zu brechen, müssen wir ihn von neuem niederschmettern, seine in des Eile zusammengezogenen Horden, denen jegliche Begeisterung fehlt, zerstreuen, den Feind zu Boden werfen und dort auf dem Schlachtfelde ihm die Friedensbedingungen diktieren. Die Türken müssen über das Meer gejagt werden.“

Serbien Bewaffnung.

Serbien hat in letzter Zeit aus Frankreich große Lieferungen an Schnellfeuergeschützen neuesten Systems erhalten. Es sind 46 Schnellfeuergeschützbatterien zu je 4 Geschützen, 6 Munitionswagen mit 2000 Geschossen, 10 Schnellfeuerhaubitzen zu je 4 Geschützen und 6 Munitionswagen und 4 schwere Haubitzen zu je 4 Geschützen und 8 Munitionswagen, zusammen mit 200.000 Geschossen für Feldkanonen und 14.000 Geschossen für schwere Belagerungsgeschütze.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 6. Februar. Infolge wiederholter Schritte der italienischen Botschaft wurde heute ein Tradeveröffentlichung, der zwei italienischen als Stationschiffe vor Konstantinopel bestimmten Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerenge freigeht.

Konstantinopel, 6. Februar. Nachdem in der Stadt völlige Ruhe herrscht und die Flotte verläßt, daß alle Maßnahmen getroffen wurden, damit eine Gefährdung der Ruhe in der Hauptstadt nicht eintrete, haben doch die fremden Botschafter Vorkehrungen getroffen, um eventuell in Pera Truppen landen zu können.

Belgrad, 6. Februar. Das Pressebureau ist ermächtigt, die auswärtigen Zeitungsmeldungen über eine Schließung der rumänischen Schulen in den besetzten Gebieten auf das entschiedenste in Abrede zu stellen. Ueberdies seien alle Schulen Serbiens geschlossen worden, weil das Perlanal eingezogen und die großen Schulen zu Hospitälern umgewandelt worden seien.

Politische Uebersicht.

„Der Kaiser ruft!“

„Der Kaiser ruft!“ schreibt die konservative Presse, ganz entzückt von Wilhelm II. Königsberger Reden. Man war ja nicht immer so hehrlich, wenn er gerufen hat, nicht bei der Kanalvorlage, nicht bei der Wahlreform, man würde es auch nicht sein, wenn es Wilhelm II. morgen einfielen, eine Rede für die Erbschaftsteuer zu halten. In solchen Fällen bestimt man sich auf seine konstitutionellen Rechte. Hier aber handelt es sich, wie gewöhnlich, um eine Militärvorlage, und da ipigit die konservative Presse die Ohren, wie ein alter Kriegsgaul beim Klang der Trompete. Und es gilt als selbstverständlich, daß die verdamnten Joffisten im Reichstag den Befehlen des allerhöchsten Kriegsherrn unbedingt zu folgen haben, wie die Straßburger Garnison einem Weißenburger Telegramm.

Wir können uns grundsätzlich nicht dafür begeistern, daß der Träger der Krone außerhalb der offiziellen von der Regierung gegenzeichneten Rundgebungen, die Stimmung für oder gegen eine Gesetzesvorlage zu beeinflussen sucht. Aber immerhin verdient bemerkt zu werden, daß Wilhelm II. in seinen persönlichen Reden zwar für Militärvorlagen eintritt, daß er für die Zuchthausvorlage sehr lebhaft gelämpft hat, daß er aber bei den preussischen Wahlreformen nur in einer offiziellen Thronrede, nie aber in einem ihm eigenständlichen Bekenntnisse mit einem Worte gedacht hat. Er hat das auch in Königsberg nicht getan, obwohl sich der Zusammenhang seines Redethemas mit dieser brennenden Frage ganz von selbst ergeben hätte.

Wilhelm II. hat in Königsberg das Band des Vertrauens gekesselt, das Volk und Fürsten mit einander verbinden soll. Die Hohenzollern aber haben seit der Zeit vor hundert Jahren bis zum Jahre 1908, ein ganzes Jahrhundert lang, dem preussischen Volk eine Volkvertretung versprochen, die es bis zum heutigen Tage noch nicht bekommen hat. Das Vertrauen der preussischen Dynastie zum preussischen Volke kann also nicht so groß sein, wenn man sich trotz aller Rundgebungen nicht dazu entschließen kann, dieses Volk frei über seine Geschicke bestimmen zu lassen. Umgekehrt kann das Vertrauen des Volkes zur Dynastie auch nicht dadurch gewinnen, daß man es über hundert Jahre lang auf die Erfüllung gegebener Versprechungen warten läßt.

Wilhelm II. hat aber auch die ungeheuren Opfer gefordert, die das preussische Volk vor 100 Jahren gebracht hat, er hat die allgemeine Wehrpflicht verherrlicht. Aber die Seele, die den Schicksalstrügel tragen, ohne gleichberechtigter Staatsbürger zu sein, werden damit zu Kriegsknechten in fremden Diensten gestempelt. Sie opfern, sie kämpfen nicht für ihre eigene Sache.

Es hätte daher für Wilhelm II. sehr nahegelegen zu sagen, er wolle durch kräftige Förderung der preussischen Wahlreform das „Vertrauen zwischen Fürsten und Volk“ zu beleben suchen und den Dienstpflichtigen der allgemeinen Wehrpflicht auch gleiches Bürgerrecht in seinem Staate gewähren. Er hat nichts dergleichen gesagt. Wir stellen das fest und fügen hinzu: Wir haben es nicht gewünscht, wir haben es auch nicht erwartet.

August Wolters Streich.

August Woller — nicht Keller hieß der Mann — hat an halbes Armeekorps alarmiert. August Woller hat einen Staatskassier und zahlreiche sonstige Excellenzen in die gewaltigste Aufregung versetzt.

Man stelle sich einmal vor, der verrückte Kassier hätte an das Generalkommando mit derselben Unterschrift die Aufforderung gerichtet, sofort die französische Grenze zu überschreiten.

Was im Fall des Hauptmanns von Köpenick die Offiziersuniform war, das ist in dem des Straßburger Kassierers der Name Wilhelm. Der Hauptmann von Köpenick war ein Schuster und entlassener Sträfling obendrein.

August Woller hat wieder einmal ganz Europa zum Lachen gebracht, und das ist ein Verdienst, das man wirklich nicht mit Einsperren in die Irrenzelle belohnen sollte.

Man fragt nicht mehr danach, ob etwas einen Sinn hat, sondern man gehorcht. Der Zweifel könnte schon als Disziplinwidrigkeit angesehen werden.

Preussische Steuern.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch den Etat der Steuern und Zölle. Es wurde mitgeteilt, daß die Erträge der Einkommensteuer für das kommende Etatsjahr um 26 1/2 Millionen, das sind 4 Prozent mehr als im Vorjahre, veranschlagt sind.

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Fallberget.

33] (Nachdruck verboten.) Die Menschenmenge vor der Grube wurde immer unruhiger, und die Aufregung wuchs. Noch immer war keiner herausgelommen, der Bescheid geben konnte.

Einkommen von mehr als einer Million im Jahre haben; ein preussischer Staatsbürger — Krupp — hat ein Einkommen von 18 1/2 Millionen jährlich!

Sand statt Viehfutter.

Ueber das Treiben eines agrarischen Geschäftsunternehmens, der „Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft“ (City Johannesburg), macht ein Dr. Hans Röhr in der „Masurischen Zeitung“ interessante Mitteilungen.

- 1. Die Genossenschaft hat, wie in den Untersuchungsprotokollen ihrer Aufsichtsorgane gesagt ist, im April 1911 von einem russischen Händler einen bedeutenden Posten Leinwaden (249 Zentner) bezogen, der laut Analyse 20,4 Prozent Sand enthält, also derart verfälscht war, daß seine Verfütterung unabdingbar nachteilige Folgen für die Gesundheit des Viehs nach sich ziehen mußte.

Die Aufsichtsorgane der Genossenschaft haben, als die Beschwerden sich häuften, die Fälle zwar untersucht, aber keine Veranlassung genommen, gegen den verantwortlichen Geschäftsführer einzuschreiten.

Besonders bemerkenswert aber ist, was Dr. Röhr von dem mit dem Leinwadenmehl begaunerten Bauer erzählt. Der Bauer wurde von einem Herrn zur Rede gestellt, wie er dazu komme, das Mehl zu untersuchen zu lassen.

In dieser Unterredung stellte der Herr dem Bauern vor, er könne doch manche wirtschaftliche und andere Nachteile davon haben, wenn er sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten, die an der Spitze der Genossenschaft ständen, schlecht stellen würde.

bedauern, das Futter zur Untersuchung eingeschickt zu haben, er künde wirtschaftlich schwach, habe bei der Genossenschaft Schulden, sei Gemeindevorsteher, das Angehen gegen die großen Herren müßten doch größere unabhängige Besitzer auf sich nehmen.

Ein offenes Kulturbild, wie es schöner nicht gedacht werden kann. Die Agrarier gründen eine Genossenschaft, um die Bauern von dem betrügerischen — natürlich jüdischen — Handel zu emanzipieren.

Der Teufel in den Berliner Vororten.

Ein Verein ehemaliger Realgymnasiasten zu Neuföln wollte einen Faschnachtsball arrangieren, und damit die Geschichte einen einheitlichen Rahmen habe, war die Veranstaltung als „Walpurgisnacht“ geplant.

Aber die junge Genossenschaft, die dem Teufel ein Schnippen zu schlagen gedachte, hatte die Rechnung ohne die Leute gemacht, — denen der Teufel eine toternte Sache ist. Der Gemeindefkirchenrat von Neuföln trat zusammen und unterzog die Einladung einer eingehenden Besprechung.

sein tiefes Mißfallen und Bedauern über diese Verletzung des christlichen Anstandes von Seiten der jugendlichen Kreise unserer Bevölkerung öffentlich zum Ausdruck zu bringen, welche in erster Linie einen gewissen Anspruch auf Bildung und öffentlichen Anstand erwarten lassen müßten.

Damit ist der Teufel in Neuföln wieder in seine alten Ehren eingesetzt und die Veranstalter der Walpurgisnacht in dem Berliner Vorort werden daran denken, wie sich vor hundert Jahren in ihrer Nachbarschaft die höllischen Mächte der Lusttänze, auch widerlegt haben.

Das Teufelspaar, es fragt nach keiner Regel, Wir sind so klug, und dennoch irrtus in Teufel.

Während so in Neuföln dem Teufel wieder einmal zu dem nötigen Respekt verholfen wurde, ist man ihm in Charlottenburg mit Geschick zu Leibe gegangen. Bekanntlich hat sich der Böse da hinter den Pfarrer Kraatz versteckt, und es war vor Jahr und Tag nur einem Leutnant und seinem Hauptmann zu verdanken, daß er nicht die Herzen der Militärsoldaten bedörte.

Es kam von ihrem kleinen Jungen, der immer noch am Stallhüter stand und mit seinen kleinen Füßchen an die Scheiben schlug, daß sie stürzten. Alwideline kam aus dem Stall. Sie war bei ihrem Kinde gewesen, das in der Wiege lag und schlief.

sende Kind in der Wiege und drückte es in wilder Freude an die Brust. „Unser Papa lebt!“ Hjarta ging oben in ihrem Zimmer auf und ab. In dieser schrecklichen Stunde zog ein ganzes Leben in ihrer Erinnerung vorüber.

bleibt für die Beamten (Schule, Feuerwehrleute usw.) halten. Aber heute da, als er die Kirche zur festgesetzten Stunde betritt, ist die Kirche leer. Der Polizeipräsident von Charlottenburg hatte rechtzeitig Nachricht von der ungeheuren Gefahr erhalten, die den Schulern und Feuerwehrleuten drohte. Die Beamten wurden in eine andere Kirche kommandiert und der Teufel hatte das Nachsehen. Er soll mit Verbreitung eines gewaltigen Schwefelgasankers die Gaiselkirche verlassen haben.

Abgeordnetenhaus.

Das Dreiklassenhaus beschäftigte sich am Donnerstag zunächst mit der Landgenossenschaft. Eine große Anzahl von Rednern der bürgerlichen Parteien verwendete die angeblich so kostbare Zeit des Dreiklassenhauses dazu, in immer endender Wiederholung verschiedene Wünsche der Genossen vorzutragen. Genosse Borchardt wies auf die Verwirklichung hin, daß alle Dankbarkeit und alles Wohlwollen der bürgerlichen Parteien den Anlaß zu den Klagen der Genossen immer noch nicht aus der Welt geschafft haben. Er ging aber auch dazu über, die Lässigkeit dieser Beamten zu untersuchen und er, sowie die Genossen Dr. Klein und Pöschmann brachten eine Fülle von Material vor, um zu zeigen, daß die Schlichter der stärksten Partei des Landes und damit eines großen Teils seiner Bewohner und Steuerzahler zu den Hauptaufgaben dieses Instituts geblieben, wofür man natürlich nicht den einzelnen Genossen oder auch ihre Gesamtheit verantwortlich machen kann, sondern nur den Geist, der die maßgebenden Leute der inneren Verwaltung bezieht.

Der Etat der Fürsorgeerziehung gab Borchardt auch in diesem Jahre wieder Anlaß, nachzuweisen, daß von der Umwandlung der Fürsorgeerziehung in eine verkappte Gefängnisstrafe nie und nimmer der angestrebte erzieherische Erfolg zu erwarten ist. Der Justizminister Dr. Schepp stellte sich ganz auf die Höhe der offiziellen Fürsorgeerziehung und so geht er am Schluß der Legislaturperiode wieder mit den Konservativen zusammen, die ihm ja auch in das Abgeordnetenhaus verholten haben.

Das Schicksal des Petroleum-Monopols

Wie, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, in der Hand der Sozialdemokratie. Sie muß die Verantwortung dafür tragen, ob aus der Vorlage ein den heimlichen Verbrauchern nützlich Monopol gestaltet oder ob auch diese Möglichkeit wieder ungeachtet gelassen werden soll. Leider aber scheint es nicht, als ob die Sozialdemokratie sich dieser Verantwortung voll bewußt ist. Der Dogmatismus, der diese Partei beherrscht und der bei ihr die allein festmachende Formel so oft über die Vernunft und die Realität hat siegen lassen, scheint sie auch jetzt wieder in die Irre zu führen. Die Sozialdemokratie will ihre Abstimmung davon abhängig machen, daß dem Reichstage ein weit größeres Mitbestimmungsrecht bei der Organisation und der Aufsichtnahme zugesprochen wird. Außerdem aber, und hier liegt der Kern, erklärt die Sozialdemokratie von neuem, daß die Fraktion nur für ein Monopol im Reichsregal stimmen könne, die Vertriebsgesellschaft aber grundsätzlich ablehnen müsse. Die „Frankfurter Zeitung“ hält die Forderung der Reichsregal für eine Verbotsmaßnahme, die über das Maß des Zulässigen hinausgeht. Wenn jetzt das Zentrum nicht triumphieren sollte, dann müßten die grundsätzlichen Freunde des Monopols sich verständigen, und dazu gehört, daß nicht die Sozialdemokratie einseitig den anderen erklärt, wir sind es nicht anders, nun macht was ihr wollt! Sogar eine Reichsregal sprechen nach der „Frankfurter Zeitung“ wirtschaftliche und politische Bedenken. Vor allem würde eine Reichsregal politisch abhängig sein, abhängig, wie es doch nun einmal bei uns ist, von agrarisch-reaktionären Interessen, die immer darauf bedacht sein werden, den Petroleumpreis hochzuhalten, damit der Spiritus keine Konkurrenz erfahre. Sie meint, das müßte auch der orthodoxeste Marxist begreifen. Die Frage der Form sei eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Beide Systeme haben ihre Nachteile und deshalb solle man sich verständigen. Tut man das nicht, so besorgt man lediglich die Geschäfte des Zentrums und seiner Truffreunde.

Die Vorwürfe der „Frankfurter Zeitung“ sind durchaus unbedeutend. Die liberalen Parteien liegt daran, an dem Petroleumgeschäft die Banken zu beteiligen, die Sozialdemokratie dagegen will den Einfluß der Banken ausschalten. Es ist durchaus nicht einzusehen, weshalb nun gerade die Sozialdemokratie nachgeben soll. Die Sozialdemokratie muß darauf bestehen, daß die Vertriebsgesellschaft möglichst ausgeschaltet wird und muß weiter danach trachten, dem Reichstage ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Wenn die Liberalen für diese Selbstverständlichkeiten nicht zu haben sind, dann wird das Petroleummonopol allerdings scheitern. Aber dann soll die liberale Presse nicht mit dem Ammenmärchen kommen, daß der Sozialdemokratie die Schuld an diesem Ausgang beizumessen sei.

Der Seniorenkonvent des Reichstages bestimmte am Donnerstag, daß der nächste Schwereinstag am Mittwoch, den 12. Februar, abgehalten wird. Auf die Tagesordnung dieses Schwereinstages wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zu den Einzelmandaten gesetzt. Man glaubt, am Freitag die Beratung des Etats des Reichsanwesens zu Ende zu bringen; dann soll die Beratung des Justizetats folgen. Aber der Schwereinstag wird bestimmt am kommenden Mittwoch abgehalten, wie auch im Seniorenkonvent von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, daß Schwereinstage bis Ostern regelmäßig in jeder Woche stattfinden sollen.

Die Bestimmungen, besonders die namentliche Abstimmung über die zurückgestellten Resolutionen, welche die Erleichterung der Fleischfuhr bezwecken, finden bestimmt am nächsten Dienstag statt.

Zur Landtagswahl in Preußen. Der „Post“ wird gemeldet: Mit der Anberaumung des Wahltermins für die preussischen Landtagswahlen wird sich das Staatsministerium in den nächsten Tagen beschäftigen. Die Wahltermine werden, wie ursprünglich beabsichtigt war, nach Pfingsten festgesetzt werden. Die amtliche Veröffentlichung der endgültigen Termine wird demnächst erfolgen.

Strafverfahren gegen Sanbarbeiter. Graf Reventlow, Ministerpräsident, einer der schleswig-holsteinischen Agrarvereinsmitglieder, beabsichtigt, das Altonaer-Moor im Kreis Stormarn urbar machen zu lassen. Da der Wunsch seines Parteifreundes des schleswig-holsteinischen Grafen von Rangau, es möchten chinesische Kulis als Sanbarbeiter einzusetzen werden, nach nicht verwirklicht ist, nimmt Graf v. Reventlow Strafgefangene als Sanbarbeiter an. Sie werden ihm durch die Kieler Siedlungsgenossenschaft, die wegen Lieferung von Gefangenen mit der Justizverwaltung einen Vertrag abgeschlossen hat, zur Verfügung gestellt.

Wesentliche Schenkung der Matrukarbeiträge. Eine Korrespondenz meldet: Im Bundesrat sind von einzelnen Bundesstaaten Anregungen ergangen, die sich auf eine gesetzliche Festlegung der Matrukarbeiträge für einen Zeitraum von fünf Jahren beziehen. Da am 1. April 1914 der Termin abläuft, innerhalb dessen die Matrukarbeiträge auf 50 Pf. für den Kopf der Bevölkerung in den Bundesstaaten festgelegt sind, gewinnt die Frage zur Zeit ein besonderes Interesse. Bisher ist lediglich

eine Vereinbarung über die Höhe der Matrukarbeiträge unter den Bundesregierungen seit der Finanzreform getroffen worden, der ein gesetzlicher Charakter nicht innewohnt.

Wähler-Parade. Die nichtlebenden Wähler, die in den letzten Jahren im Sportpalast in Berlin taaten, sind wieder nach dem Ritus zurückgekehrt. Am Montag, den 17. Februar, wird die diesjährige Wähler-Parade im Circus Busch in Szene gehen. Vor den notleidenden Agrariern werden sich produzieren: Dr. Noe, Dietrich Dahn, Dr. Dertel, Freiherr von Wangenheim und v. Oldenburg-Janschau. Außer diesen Wählern wird es also nicht fehlen und doch müssen sie schon sein, weil sie sonst von den nach Herrn Liman geküßelten Schwereinstag Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verstanden werden.

Ausland.

Aus dem internationalen Spiegelsumpf.

Vor einigen Wochen wurde der russische Ingenieur Mechin unter dem Verdacht der militärischen Spionage im Oesterreich verhaftet und eine Zeitlang im Gefängnis gehalten. Die Begebenheiten dieser skandalösen Affäre, die von der hawthornischen Presse in Russland natürlich zur Fege gegen Oesterreich ausgenutzt wird, werden ein beachtenswertes Licht auf die Kooperation zwischen der russischen und der österreichischen Spionagemacht, die unangenehm der politischen Spannung zwischen beiden Staaten in die Höhe treibt. Es erweist sich, daß der Ingenieur Mechin auf die Veranlassung des bekannten russischen Spionagen S. W. Schumann verhaftet wurde, der zugleich der russischen Geheimpolizei und dem österreichischen Ministerium des Innern Spiegelsumpf leitet. Als der frühere Direktor des Polizeidepartements Swolofsky im Jahre 1900 die Leitung der politischen Spionage in Oesterreich und in den Balkanstaaten dem Chef der Oesterreich-Gebirgsverwaltung, Oberst Budiflowitsch übergab, war dieser als Mitarbeiter die Söhne eines Oesterreich-Vorbesitzers, A. und S. Weismann an, von denen der eine nach Wien und der andere nach Sofia beordert wurde. Von 1901 bis 1905 leistete S. Weismann der russischen Polizei wertvolle Dienste und bezog ein Gehalt von 2000 Rubel im Jahre. Im Jahre 1908 trat er offiziell in den Dienst des österreichischen Ministeriums des Innern. Er gründete für seine Spionagetätigkeit ein Lieberlingsbureau und dann ein Auslandsbureau in Wien, das mit allen Grenzstationen in ständiger Verbindung steht. Wie die österreichische Regierung wichtige Dienste geleistet und ein Gehalt von 2000 Kronen im Monat bezogen haben. Im Verein mit ihm ist der Lieberling an der Wiener Volker Wjelenkowsky bei der Verpflanzung der in Wien lebenden Russen tätig. — Man kann die österreichische Regierung wohl mit diesen „wertvollen“ Mitarbeitern beglückwünschen.

Aus russischen Gefängnissen. Am 22. Januar kam es im Rigaer Gouvernementsgefängnis zu einem Konflikt zwischen den politischen Gefangenen und der Gefängnisadministration. Zahlreiche Gefangene sind in die Karzer gesperrt worden. Die übrigen politischen Gefangenen haben den Hungerstreik begonnen.

Im Katorggefängnis zu Saratow hat ein Wachposten, nach einer Meldung vom 2. Februar, auf einen Gefangenen, der durchs Fenster blickte, einen Schuß abgegeben und ihn verwundet. Die Mitteilungen aus den Gefängnissen blies für die letzten Tage. Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat die sozialdemokratische Dumafraktion eine umfangreiche Interpellation über die Gräueltaten in den Gefängnissen in der Duma eingebracht.

Unruhen in Aken. Das Reutersche Bureau meldet aus Kalkutta: Das Anwachsen politischer Gewalttaten in Ostbengalen beginnt die Aufmerksamkeit zu erregen. In dieser Woche sind vier Ausschreitungen von jungen Leuten, die mit Revolvern und Gewehren bewaffnet waren, verübt worden. Es soll sich dabei um Studenten handeln. In einem Falle stellten sich ihnen Dorfbewohner entgegen, wobei vier von diesen verwundet wurden.

Aus der persischen Grenzprovinz Aserbeidschan wird gemeldet, daß eifrige Vorbereitungen für einen im Frühjahr geplanten Aufstand getroffen werden. Der Sipahdar selbst soll an der Spitze der Bewegung stehen und danach streben, Regent zu werden.

England. Ein Sozialist im Ministerium. Der frühere Sekretär der Fabergesellschaft, Audiger, Verfasser geschätzter Schriften über den Sozialismus, der schon Gouverneur von Jamaica gewesen ist, ist zum ständigen Sekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei ernannt worden. Ob das bedeuten soll, daß es nunmehr mit dem jüngst wieder von Lloyd George angeforderten Feldzug für Bodenreform ernst werden soll? Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß Herr v. Dallwitz unsere Zepeline gegen England ausfliegen läßt, ehe die Gesellschaft völlig zerstört ist.

Chinesische Anleihe. Chang Tung Joan, Vizepräsident des Finanzrates, wurde zum Finanzvertreter Chinas in England ernannt und wird mindestens solange dort bleiben, bis China die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat. Wegen der dringenden Notwendigkeit, die schwebenden Schulden vor dem chinesischen Neujahr, das auf den 28. Februar fiel, zu begleichen, erhielt die chinesische Regierung einen Vorstoß von 750.000 Pfund Sterling. Die Summe stellt die letzte Rate der Cripplenden 5 Millionen-Anleihe dar, welche erst später fällig wäre. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Peking erzählt, daß sich die kontrollierenden Mächte geeinigt haben, China die Ernennung von vier Funktionären vorzuschlagen, die den beteiligten Ländern angehören. Es soll ein Franzose, ein Deutscher, ein Engländer und ein Russe ernannt werden.

20. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Zum Bauarbeiterkongress wurde, nachdem noch von einem Delegierten die vom Vorsitzenden Schaber auf die Notwendigkeit der Beobachtung des Bauarbeiterkongresses hingewiesen und von Kremser-Frankfurt bekanntgegeben war, daß man in Frankfurt verbleibe, durch Vorführung von dementsprechenden Lichtbildern Interesse für den Bauarbeiterkongress zu wecken, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die 20. Generalversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da jedoch die Durchführung des Bauarbeiterkongresses letzten Grades Sache der Arbeiter sein wird, erwartet die Generalversammlung, daß die Resolutionen der Bauarbeiterkongresse und Konferenzen nach wie vor auf das nachdrücklichste befolgt werden. Sie erwartet weiter, daß die maßgebenden Instanzen, Generalkommission und sozialpolitische Abteilung, diesen Forderungen die weitgehendste Unterstützung zu leisten werden.“

Über den Punkt: Beitragsleistung und die Unterhaltungs-Garantierungen im Verbandsreferenten die Kameraden Römmer und C. e. Hamburg. Römmer legt in längerer Ausführungen die finanzielle Lage des Verbandes dar, die zur Zeit durch die Erhöhung der Extrafuhr eine bedauerliche ist, daß der Verband seine Sorge ob seiner Widerstandsfähigkeit zu haben braucht. Im weiteren schließt er, wie der Verband zu Anfang seiner Gründung mit sehr niedrigen Beiträgen gearbeitet habe, was aber mit dem Charakter der Organisation und durch das rigorose

Vorgehen der Unternehmer im Bauwesen die Grenzen erreicht, daß die Beiträge der Lebensversicherung der Organisations seien. Die 20. Generalversammlung soll nun die Frage erörtern: welche Mittel sollen künftig dem Verbande zur Erfüllung der statistischen Verpflichtungen zur Verfügung stehen? Der Vorstand glaubt, durch eine Neuverteilung des Beitrags- und Unterhaltungsbeitrags gesunde finanzielle Verhältnisse in der Hauptkasse zu erhalten. Ohne Extrabeiträge soll eine systematische Vermögensentwicklung erreicht werden. Redner begründet nunmehr die Vorstandsanträge. Danach sollen statt 5 jetzt 12 Beitragsklassen geschaffen werden. Der wöchentliche Beitrag soll betragen:

Lohnklasse	Stundenlohn	Zentral-kasse	Total-kasse
1 bis incl. 35 Pf.	40 Pf.	40 Pf.	10 Pf.
2	36-40	45	10
3	41-45	50	15
4	46-50	55	15
5	51-55	60	20
6	56-60	65	20
7	61-65	70	25
8	66-70	75	25
9	71-75	80	30
10	76-80	85	30
11	81-85	90	35
12	über 85	95	35

Hierdurch werden die unteren Lohnklassen etwas entlastet; dagegen die höheren Lohnklassen belastet. Ferner soll die Dauer der jährlichen Beitragszahlung von 40 auf 44 Wochen erhöht werden.

Über das Unterhaltungsbeitrag sprach C. e. Hamburg (Vorstandsmitglied). In einer eingehenden Schilderung zeigte Redner die Wirkungen des Unterhaltungsbeitrags, insbesondere mündete er sich der Arbeitslosenunterstützung zu. Nach seiner Meinung hat dieser Unterhaltungsbeitrag seit seinem achtjährigen Bestehen im Verlande seinen Zweck erfüllt; er hat manchem Kameraden über die Zeit der wirtschaftlichen Not hinweggeholfen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde als Waffe gegen brutale Unternehmervollmacht geschaffen, es besteht aber die Gefahr, daß sie aufhört, die Waffe zu sein, zu der sie bestimmt wurde. Es besteht die Gefahr, daß die Waffe im gewerkschaftlichen Kampfe zu einer Spargasse wird, der die Kameraden zu verfluchten Zeiten verzeihen können.

Seit ihrer Einführung am 1. Dezember 1905 erforderte die Arbeitslosenunterstützung bis zum Schlusse des Jahres 1912 eine Gesamtausgabe von 2.883.891,25 Mark. Die Arbeitslosenunterstützung stellte in letzten Jahren den größten Posten im Ausgabeetat der Hauptkasse; diese Ausgabe war allein sogar größer als alle anderen Ausgabebeurteilungen zusammen. In der Periode 1910/11 wurden 60,90 Prozent der Gesamtausgabe und in der Periode 1911/12 61,98 Prozent der Gesamtausgabe für die Arbeitslosenunterstützung aufgewandt. Der Vorstand schlägt deshalb vor, die Bezugszeit für die Arbeitslosenunterstützung im Verlande wie folgt zu gestalten: Die Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft innerhalb 53 (jetzt 52) Wochen, nachdem 44 (jetzt 40) Wochenbeiträge bezahlt sind, auf die Dauer von 36 Tagen gewährt werden.

Schaber schlägt namens des Bureau vor, zunächst in eine Generaldebatte über all die gestellten Anträge einzutreten, die sich auf folgende Punkte erstrecken muß: Sollen die Beiträge erhöht werden und soll die Beitragszeit von 40 auf 44 Wochen erhöht werden? Soll die Erhöhung der Beiträge von 5 zu 6 Pf. oder von 10 zu 10 Pf. erfolgen? Sollen überhaupt weitere Beitragsklassen geschaffen werden? Können die Arbeitslosen und Kranken unseres Verbandes vom Beitrag befreit werden? Soll der Beitrag nach dem Stundenlohn oder nach dem Tagesverdienst abgestuft werden? Soll ein Invalidenfonds geschaffen werden? Soll bei einer Beitragsüberhöhung die Streik- und Arbeitslosenunterstützung gleichfalls erhöht werden? Soll eine Erwerbslosenunterstützung geschaffen werden? Später soll eine Kommission gewählt werden, die die in der Generaldebatte gedachten Anregungen und Wünsche in annehmbarer Form zusammenfaßt. Auf weiteren Vorschlag einzeln soll zunächst die Delegierten der einzelnen Gaus auf einen Redner, der die Meinung des Gaus zum Ausdruck bringen soll. Erst, nachdem die einzelnen Redner zum Wort gekommen sind, wird das Wort nach der Reihenfolge erteilt.

Die Debatte, die nach vorstehenden Grundfragen geführt wird, zeigt, daß mit wenig Ausnahmen alle Redner von dem Bestreben befeuert sind, die Zentralkasse zu füllen, wenn sie auch nicht in allen Dispositionen mit dem Vorstandsvorschlag einverstanden sind. Weniger Freunde findet der Vorschlag auf Erhöhung der Beitragspflicht. Auch die Regelung der Arbeitslosenunterstützung nach Vorschlag des Vorstandes stößt auf Widerstand.

Die Einführung eines Invalidenfonds wird von den meisten Rednern als zur Zeit nicht diskutabel bezeichnet. — Die Beitragsbefreiung der Kranken und Arbeitslosen wird als sehr human bezeichnet, doch die Berechnungen ergeben, daß durch diese Einführung die Kasse zu sehr entlastet würde.

Die Generaldebatte wird, nachdem 19 Gauvertreter gesprochen haben, am Donnerstag verlag.



Heute

beginnt mein
Extra billig
unsortiert

Inventur-Ausverkauf!

Die Preise sind ganz
aussergewöhnlich
billig, vielfach über
ermässigt.

50%

Grosse Posten Ballschuhe (Lack, weiss Glacé, Goldlack, Samt, Atlas) Wert bis zu Mark 10.—, jetzt 2.20, 3.40, 4.60, 5.40.
Grosse Posten schwarze und braune Damenschürstiefel, darunter allerfeinste Ledersorten, Wert bis zu Mark 14.—, jetzt 3.60, 4.60, 5.60.
Grosse Posten Herren-Schnür- und Knopfstiefel, Wert bis zu Mark 12.50, jetzt 6.40.
Restbestände schwarzer u. brauner Halbschuhe (Herren und Damen) Wert b. zu Mk. 14.—, jetzt 2.90, 3.90, 4.90. **Tennistiefel u. -Schuhe**, Wert 6.50, jetzt 2.90, Turnschuhe m. Chromsohlen, alle Grössen, jetzt 1.60, **Herren-Lackstiefel**, Wert b. zu Mk. 14.—, jetzt 5.90, **Damenstiefel m. Pelzfutter**, Wert b. zu Mk. 15.—, jetzt 7.40, **Damen-Lederhausschuhe**, gefüttert, darunter ganz eleg., Wert bis zu Mk. 8.50, jetzt 2.65. **Kamelhaarstoff-Hausschuhe**, alle Grössen, nur soweit Vorrat, 65 Pl., **Kinderstiefel**, schwarz und braun 2.60, 3.20, 3.80.

Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4.

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ C.G.m.b.H.

7400 Mitglieder. 14 Warenverteilungsstellen.

Kontor und Hauptlager **Subenstraße 74**, Fernsprecher 4668.
Seitenstraße 33. Kreuzbuserstraße 15. Dittstraße 3. Al. Schellingstraße 16.
Fertnerstraße 46. St. Lissa, Dohsenstr. 1a. Wilhelmsstraße 14. Dels, Marienstraße 14.
Gräßlerstraße 48. St. Eitel, Grätzstr. 1a. Vorwerkstraße 61. Trebnitz, Breitenstraße 2.
Kertelstraße 5. St. Eitel, 28.

Kohlenlager in Breslau: **Saundersstraße 131.**

Eingezahlte Geschäftanteile	115000 M.
Bargehalte	66000 „
Warenumlauf im Januar 1912	54670 M.
Warenumlauf im Januar 1913	66108 „
milia Wehrmann	11488 M.

Mitglieder-Zunahme im Januar 1913: 200.

Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben. Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. Mitglieder des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ bevorzugen ihre Waren im eigenen Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltung Breslau)

Bureau: **Kleine Goldstraße 3, I.** — Fernsprecher 9199.
Den Teilnehmern an der Sommerreise nach

Helgoland

geben wir hiermit bekannt, daß es uns leider unmöglich ist, während den Pfingstfeiertagen eine Fahrpreisermässigung auf der Preussischen Staatsbahn zu erreichen; ein Ertragsgewinn wird uns während den Pfingstfeiertagen nicht gestellt. Wir sind infolge dessen gezwungen, die Fahrt am Sonnabend, den 17. Mai, anzutreten, und sind alle diesbezüglichen Vorbereitungen und Abmachungen bereits getroffen. Ferner erlauben wir dringend die hierfür nötigen Gelder innerhals dieses Monats in unserer Kasse einzuzahlen.
Alle freigeordneten Arbeiter nebst ihren Angehörigen haben das Recht, sich an dieser Fahrt zu beteiligen und wird nähere Auskunft über alle Einzelheiten der Fahrt in unserem Verbandsbureau und bei den einzelnen Gewerkschaftsvorständen erteilt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Breslau.

Heizungsmonteuere und Helfer!

Sonntag, den 9. Februar 1913, früh 10^{1/2} Uhr, im Lokal „Goldener Schwan“, Kupferstraße 17.

Branchen-Versammlung

Achtung! Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer Achtung! Alle Bauhilfsarbeiter, Sanitärer, Elektromonteuere, Heizungsmonteuere, Klempner und Schlichter müssen mit Bauscheinbroschen versehen sein. Wer nicht im Besitz dieser Karte ist, gilt als unorganisiert.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Diskussions-Versammlungen

(Zahlende) werden Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen abgehalten:

Nr. 1 (Gabel)	Feldstraße 50a.	Nr. 1: Emma Neubirch.
2 (Sonnentempel)	Witoldstr. 31.	Seidel.
3 (Gräßl. Verh. f. H.)	Gräßlerstr. 74.	Heintze.
4 (Kilometer)	Siebenbrunnstr. 19.	Liepsit.
5	Schweizerstr. 23.	Dart.
6	Gräßl. Verh. f. H. 32.	B. Müller.
7	Saengerstr. 62.	Peikert.
8 (Kleiner)	Mühlgraben 52-54.	Ges. f. G. G. G.
9	Mühlgraben 16.	Ges. f. G. G. G.
10	Mühlgraben 3.	Okonsky.
11 (Sonnentempel)	Seidenstraße 5.	Herrmann.
12 (Sonnentempel)	Mühlgraben 26.	Parkowsky.
13	Schweizerstr. 21.	Grünow.
14 (Kleiner)	Dittstraße 64.	Anders.
15	Sonnentempel 10.	Toekus.
16a (Kleiner)	Sonnentempel 92.	Bocher.
17a (Kleiner)	Sonnenstr. 60.	Schneiderwald.
17b (Kleiner)	Sonnenstr. 70.	Auerbach.
18 (Sonnentempel)	Sonnenstr. 65.	Kowalzyk.
19	Sonnenstr. 7.	Th. Müller.
20	Sonnenstr. 30.	Wagner.
		Bartsch.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert. [9763] Der Vorstand.

Patschkan Wahlverein.

Sonntag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Goldener Schwan“, Kupferstraße 17. Mitglieder-Versammlung. Vortrag: Die Jahresberichte. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Fleischverkauf.

Am Freitag, den 7. Februar 1913, wird der Verkauf des von der Fleischbehörde beschlagnahmten Schweinefleisches in den durch rote Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen fortgesetzt.

Preise:

Bauchfleisch	75 Pfg.	für 1 Pfund
Speck	90	
alles übrige Fleisch	85	

Breslau, den 6. Februar 1913. Der Vorstand des Fleischhandelsvereins.

Stadt-Theater

Freitag, Anfang 7 Uhr:
Der Ring des Nibelungen.
Zweiter Tag, „Siegfried“.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr:
(Größte Opernreihe).
Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend nachmittags 3^{1/2} Uhr:
„Das Glöckchen des Eremiten“.
Abends 7^{1/2} Uhr:
„Der fliegende Holländer“.

Lobe-Theater

Freitag 7^{1/2} Uhr:
„Hinter Mauern“.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr:
„Ariadne auf Naxos“.
Sonnabend nachmittags 3^{1/2} Uhr:
„Die fünf Frankfurter“.
Abends 7^{1/2} Uhr:
„Der guttuhende Franz“.

Thalia-Theater

Sonnabend, Stunde G. 2. Vorstellung:
„Bellinde“.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr:
„Maria Stuart“.
Freitagabend 7^{1/2} Uhr und Sonnabend von 10-12 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Der liebe Augustin“.
Sonnabend 8 Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Mauerwerk“.
Sonnabend nachmittags 3^{1/2} Uhr:
„Die Donarprinzessin“.
Abends 8 Uhr:
Zum 2. Male:
„Die Mauerwerk“.

Circus Busch.

Schles. Jubiläumsspiele
Freitag 8^{1/2} Uhr, Georg Eger. 9601
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
„Das Volk steht auf.“
Freitagabend 8^{1/2} Uhr:
„Das Volk steht auf.“
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
„Das Volk steht auf.“

Central-Schreibbüro

Breslau 1. Tel. 10979.
Oktawenstr. 75, I. 6369
Schriftliche Anträge
Faksimile-Verfahren
Adressenverlag
Zensur-Abschriften

Liebig's Etablissement.

Abend 8 Uhr:
Dea Lothi
Die räuberische Hefeherin
Sowie das übrige, grandiose
Freibauer-Opern-Programm.
Sonnabend, 9 Uhr, 4 Uhr: Nachm. Vorf.

Viktoria-Theater.

Grosse Resinen.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 2 Vorstellungen.
Nachm. 3^{1/2} Uhr: Bei Raubverbot zu ermäßigten Preisen. 9571

Zeltgarten.

Finale-Kämpfe
Heute Freitag ringen:
Albert Sturm — Anglio
(Weimarer) (Regio-Champ.)
Luppa — Stalling
(Berlin) (Bremen)
Entscheidungskampf
Michailoff — Carl Saft
(Rußland) (Breslau)
Vorher das brillante
Programm.
Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten Tunnel.

Eine Sehenswürdigkeit
Breslaus. 9807
Täglich:
Doppel-Konzerte.
Wiener Schrammeln
mit Gesangseinlagen
und Signor Anciello, Tenor
von der Mailänder Oper
Entrée frei. Anfang 7 Uhr.

Palmengarten

Heute Freitag: [9795]
Uffides
Boockfest:
A la München.
2 Kapellen.
Prämierung
des grössten Herrn
und der grössten Dame.
2 prächtige Gegenstände

Pfänderanktion

10. Februar, Schätze, Baustraße 26.

Brieg

kaufen
Arbeiter u. Genossen
Herrngarderobe, Knaben-
garderobe, Konfirmanden-
Anzüge, Wäsche, Hüte, Schuhe
alle Arbeitskleidung nur im
Berliner Bekleidungshaus
Brieg 34. Tel.: E. Jahnke.
Stang bester aber äusserst billige Preise.

Agenten

u. Provisionsreisende
die Privatsprache brauchen,
können viel Geld verdienen.
Adr. Abgabe nat. B. B. 3190
an Rudolf Wenzel, Breslau.

Bur jegigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
in Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäftsführerin.
Auguste Koch.
36 Scheitnigerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Achtung Hausfrauen!

empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche,
Wollwaren, Trikots, Handschuhen, Strümpfen,
Socken, Spitzen u. Bänder. — Fig. Konfektion nach Maß.
Robert Jahn, Alsenstraße Nr. 50,
Ode Reuthenstraße.

Mittwoch, den 5. d. Mts., verschied nach langer Krank-
heit mein lieber Gatte, unser guter Vater, Grossvater,
Bruder, Schwager und Onkel, der invalide
Wilhelm Goldschmidt
im Alter von 67 Jahren. 9813
Um stille Teilnahme bitten
Die Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, den 9. Februar, nachmittags
1^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Bernhardfriedhofes
in Dürrgoy.
Trauerhaus: Vorwerkstrasse 40.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung
meiner mir unvergessen-lieben Frau sage ich allen Beteiligten meinen
herzlichsten, aufrichtigsten Dank. 9780
Im Namen der Hinterbliebenen
P. Hoba.

Am 5. d. Mts., nachm. 2^{1/2} Uhr, verschied sanft nach längerem,
schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine lang-
geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester,
Schwiegertochter und Schwägerin
Frau Selma Stache geb. Woniaczek
im blühenden Alter von 22 Jahren 9 Monaten.
Dies zeigt schmerzhaft an
Der tieftrauernde Gatte nebst Kind u. Angehörige.
Beerdigung: Sonnabend, den 8. d. Mts., mittags 12^{1/2} Uhr,
vom Trauerhause Trebnitzerstr. 34 nach dem Erlöserfriedhof
in Oswitz. 9784

Am 5. d. Mts., nachmittags 3^{1/2} Uhr, verschied nach kurzem,
schwerem Leiden die Ehefrau unseres Mitarbeiters
Frau Selma Stache
geb. Woniaczek
im blühenden Alter von 22 Jahren.
Gewidmet von den
Handwerkern der Schultheiss-Brauerei.
Beerdigung diesen Sonnabend, mittags 12^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause, Trebnitzerstrasse 34. 9804

Am 5. d. Mts., nachmittags 2^{1/2} Uhr, verschied nach
langem schwerem Krankenlager die Gattin unseres werten
Sangesbruders 9811
Frau Selma Stache
im blühenden Alter von 22 Jahren 9 Monaten.
Ihr Andenken wird stets in Ehren halten
M. G. V. „Frohsinn“.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Februar.

Auf in die Distrikts-Versammlungen!

Jedes Parteimitglied muß sich den Montag-Abend zum Besuche seiner Distrikts-Versammlung frei halten. Die Lokale und die Redner finden unsere Genossen und Genossinnen in der Aufstellung im Inseratenteil der heutigen Nummer angegeben.

Der Sozialdemokratische Frauentag

wird in Breslau Montag, den 3. März, im „Deutschen Kronprinzen“ auf der Westendstraße, abgehalten. Als Rednerin ist die Genossin Frida Wulff in Berlin gewonnen worden.

Statberberatung im Stadthause.

Der überwiegende Teil der gestrigen Sitzung der Stadtväter gehörte dem Bericht über den Stand der Gemeindefinanzverhältnisse, den alljährlich der Kammerer erstattet, und dem Generalkonferat über den Haushaltsplan für 1913, das diesmal wieder der langjährige Referent, Stadtverordneter Dettlinger, in die Hand genommen hatte. Der Kammerer, dessen fehrliche Ueberflucht von der ganzen Versammlung mit der größten Aufmerksamkeit angehört wurde, begann mit einem Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hauptstadt Preußens und machte den oft unternommenen Hinweis, daß den Breslawern noch manches fehlt, was andere Kommunen besitzen, durch einen Fingerzeig auf unsere geringere Bevölkerung und die schwächere Leistungsfähigkeit dieser Zensiten zu entkräften. Dann lenkte er mit Besorgnis das Auge der Versammlung auf die steigende Belastung, welche die Stadt durch ihre Anleihe n erfährt; den 235 Millionen Mark Vermögen stehen augenblicklich 124 Millionen Mark Schulden gegenüber, aber nur 70 Millionen davon dienen werdenden Zwecken, und für eine neue Anleihe sind bereits jetzt 116 Millionen Mark angemeldet worden, von denen wieder nur 42 gewerblichen Zwecken zugeführt werden sollen. Oberhäuser, Krankenhäuserbauten, Schulhäuser, Brücken, Kanalisation und ein Verwaltungsgebäude, das 10 Millionen Mark als „erste Rate“ erforderte und vernehmliches Wütren hervorrief, werden das übrige verschlingen. Selbst wenn es gelingt, noch 30 Millionen von dieser Anleihe herunter zu handeln, kann der Kammerer den Steuerzahlern keine günstige Zukunft versprechen, und geföhrt auf die Reglemente, die jetzt das Ministerium gegen die Anleihenwünsche der Städte anwendet, verslangt er eine stärkere Heranziehung der Lebenden zu Gunsten der zukünftigen Generation durch Bildung von Ausgleichsfonds und Stöden für wiederkehrende Ausgaben. Obje seine Forderungen belegt er durch weitere Zahlen über die Entwicklung in den letzten zwölf Jahren und kündigte im Anschluß daran nicht nur eine Revision der Zeitkarten bei der Straßenbahn, sondern auch eine Erhöhung der Gebühren für andere Leistungen der Kammerverwaltung an. Auf das Jahr 1912 übergehend, muß er zu seinem Leidwesen eine weitere Verzögerung der geplanten Erweiterungsbauten beim Allerbekanntesten Hospital ankündigen, die hauptsächlich in hohen Forderungen des Fiskus für das Zeughaus am Burgfeld und den Anforderungen des Provinzialkonservators ihre Ursache hat. Der hohe Stadttheateretat fand Erwähnung und dabei wurde mitgeteilt, daß der neue Intendant zur Vorbereitung seiner Tätigkeit schon vorher in sein Amt einberufen wurde. Mit einer Ueberflucht über den Ertrag der Betriebswerke, in die sich die Klage über die schlechte

Gestaltung des Straßenbahnnetzes mischte, schloß Herr Matthes seinen mit Bravo aufgenommenen Bericht.

Nachdem der Vorsitzende der Versammlung dem Magistrat „an Haupt und Gliedern“, sowie den Mitarbeitern allen seinen Dank ausgesprochen, nahm der Generalkonferat, Herr Dettlinger, das Wort. Sein erstes Wort galt den Verwaltungen, die sich trotz der mäßigen Lage der Stadt keinerlei Beschränkungen auferlegt hatten; sein erstes Wort galt der, festige Absicht zu vorzunehmen, um die Steuerprocente doch noch ein wenig zu senken. Von diesen Absichten will er eigentlich nur das Armenwesen und die Straßenbeleuchtung ausnehmen, dagegen will er sie kräftig anwenden beim Neubau höherer Schulen, beim Waidenstock, Kunstfonds, Neubausfonds, bei den Pflasterungen und der Gartenverwaltung; auch hofft er in der Schuldenliquidation Ersparnisse einzustellen und im Beamtenbesoldungsstat ein langwieriges Wachsen der Ausgaben herbeiföhren zu können. Den Straßenbahnetat sieht er mit größtem Optimismus an als der Kammerer, und findet erfreulich entschiedene Worte gegen eine Minderung des Zehnpennigtarifes, die er unter allgemeiner Zustimmung für ganz unbillig erklärt. Abgesehen von dieser Wendung erschöpft sich sein Referat aber hauptsächlich in der Versicherung: da der Magistrat seinem angeblichen Vorsatze, Steuererhöhungen zu vermeiden, nicht treu geblieben ist, soll die Versammlung ihn kräftig unterstützen, um diesen Vorsatz doch zur Tat werden zu lassen. Auf Antrag des Genossen Löbe, der als nächster Redner eingezeichnet war, wurde sodann die Weiterberatung auf nächsten Donnerstag verlagert; inzwischen nimmt jedoch der Etatsanschluß seine Kräfte an.

Aus dem übrigen Beratungsstoff der Versammlung ist an dieser Stelle noch erwähnenswert, daß sich bei der Versicherung der Stadt gegen Schäden, die durch Straßenbahnunfälle entstehen, eine Art Frankenstein Nr. 2 der Versammlung präsentierte, in Gestalt eines dem Versicherungsgeverbe angehörenden Stadtverordneter Konick, aus dessen Rede mehr Sonderinteressen als Gemeininteressen hervorlängen. Die Versammlung ging aber auf seine Anregungen nicht ein, sondern billigte die vom Magistrat vorgeschlagene Weiterversicherung bei der Kölner Unfallversicherungs-gesellschaft.

Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen früheren Stadtverordneter Küllborn einen herzlichen Nachruf.

Kammerer Matthes:

Das nun seinem Ende zuneigende Staatsjahr brachte uns das Scheiden unseres Stadtoberhauptes und die einstimmige Wahl seines Nachfolgers. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich trotz der herrschenden Unsicherheit und der dadurch verursachten Verluste günstig entwickelt. Das vaterländische Unternehmen, das wir soviel gefördert haben, wird hoffentlich im nächsten Jahre viel Freude nach Breslau bringen. (Zuruf: In diesem Jahre!) Im nächsten Staatsjahre. (Weiterkeit.) Das öffentliche Interesse wurde hauptsächlich in Anspruch genommen durch die hohen Fleischpreise, die Oberregulierung und das Stadttheater. Die gegenwärtige Finanzlage der Stadt ist nicht besonders günstig. Die Schaffung neuer, nicht unbedingt notwendiger Einrichtungen, die aber in anderen Städten bereits bestehen, erfordern erhebliche Mittel. Wenn wir Breslau mit anderen Orten vergleichen wollen, teilen wir die Städte am besten in vier Klassen ein. An der Spitze stehen Wilmersdorf und Charlottenburg, wo 33 1/2 Prozent der Einnahmen einkommensteuerpflichtig sind und pro Kopf der Einwohnerchaft 40 Mark Steuern gezahlt werden. Der zweiten Klasse gehören Frankfurt, Wiesbaden, Schöneberg und Kassel an. Breslau gehört mit Düsseldorf, Elberfeld, Köln und Magdeburg zur dritten Gruppe. Bei uns sind 20 Prozent der Einwohner einkommensteuerpflichtig und pro Kopf der Bevölkerung werden 14,70 Mark Steuern gezahlt. Stettin und Königsberg gehören zur vierten Gruppe, mit 12 Mark und weniger an Steuerleistung pro Kopf. Während in der ersten Gruppe jeder zweite, in der

zweiten jeder vierte, ist bei uns erst jeder fünfte Mann Einkommensteuerpflichtig.

Unsere Stadt hat ein Vermögen von 235 1/2 Millionen Mark und 124 1/2 Millionen Mark Schulden. 70 Millionen Mark der Schulden entfallen auf gewerbliche Betriebe und nur 54 Millionen auf den Kammerbetrieb. Die Schulden werden in nächster Zeit eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren — um 116 Millionen — und zwar wird diese Erhöhung hauptsächlich auf den Kammerbetrieb entfallen. Die Unterbringung der Armen und Kranken und die Erbauung von Schulen erfordern große Mittel. Die Vermehrung der Schulden für unrentable Unternehmungen wirkt aber sehr günstig auf unsere Finanzlage. Die Notwendigkeit der Erbauung von Schulen und Krankenanstalten wird immer wieder aus Munde an uns herantreten. Solche Bauten sollen deshalb stets aus laufenden Mitteln erwirkt werden. Wenn für solche Zwecke Anleihen notwendig werden, beweist das, daß bisher zu weitgehender Schonung der gegenwärtigen Generation auf Kosten der künftigen geübt wurde. Die staatlichen Instanzen beschäftigen sich mit den Schuldenverhältnissen der Gemeinden. Sie wissen, daß sich erst in den letzten Landtagsverhandlungen der Minister dahin ausgesprochen hat, daß hier eine Reglementierung erfolgen müsse. Ich hoffe, daß uns in Breslau der Reichs erpart bleibt, neben der Steuerverwaltung auch mit der Schuldenverwaltung in spanische Stiefel gesteckt zu werden.

Der Kammerer ging dann auf einzelne Gebiete der städtischen Verwaltung näher ein und betonte, daß die Wohlfahrt- und Armenvereine sowie das Bildungswesen am meisten die Steuerkraft in Anspruch nehmen. Dem idealen Zustande, nur etwa 150 Prozent zu erheben, bald nahe zu kommen, sei wenig Aussicht. Mehrausgaben würde das Theater nach der Neuregelung erfordern, ebenso das Volkshochschulwesen. Der Etat werde stark durch die Ueberflucht des vorangegangenen Jahres beeinflusst. Wir können aber nicht darauf rechnen, daß wir im nächsten Jahre einen so hohen Ueberflucht erzielen werden, wie in den beiden letzten Jahren. Wollte man die Steuern nicht zu hoch anschwellen lassen, so bliebe nur übrig, auf die Gewinne der Betriebsverwaltungen zurückzugreifen. Hier blieben aber die Einnahmen der Straßenbahn weit hinter dem zurück, was sie früher an Nettogewinn abgeworfen haben. Es werde hier der Gedanke durchdringen müssen, daß die Straßenbahn nicht ein reines Wohlthatunternehmen, sondern ein gewerbliches Unternehmen sei. Für den Etat 1914 solle von allen Betriebsverwaltungen geprüft werden, wie weit die Gebühren, Tarife usw. den Leistungen der Verwaltung entsprechen. Die Verkehrsdeputation dagegen solle schon jetzt erwägen, wie die Tarife der Straßenbahn zu gestalten seien, und dem Magistrat ihre Vorschläge unterbreiten. Es werde sich fragen, ob es so weitergehe, daß man mehr als die Hälfte der Passagiere unter dem Selbstkostenpreise befördere. Vom April bis Oktober sei die Zahl der Momente von 15.000 auf 27.000 gestiegen. Für den Neubau des Allerbekanntesten Hospitals habe die Stadt den Entwurf des Burgfeldzeughauses beabsichtigt. Die Forderungen dafür seien aber so hoch und die Bedingungen, die der Provinzialkonservator stelle, derart, daß man den Plan werde aufgeben müssen. In den höheren Schulen seien 17 neue Klassen und dazu die Realschule 4 gegründet worden. Müßig sei, daß der Besuch der höheren Schulen zurückgehe. Daß das Stadttheater viel mehr kosten werde, sei den Stadtverordneter ja schon bekannt. Der Magistrat bedauere, daß der Theateretat auf so schwachen Füßen stehe, er sei aber überzeugt, daß bei den Forderungen, die schon jetzt gestellt werden, die angestrebten Summen nicht ausreichen werden. Einige Nachforderungen kündigte er auch für die Ausstellungsbauten an. An ausländischem Fleisch habe der Magistrat 141.000 Kilo Schweinefleisch und 40.000 Kilo Rindfleisch eingeföhrt. Die dabei erwachsene Ausgabe von 8000 Mark müsse die Stadt decken. Leider sei durch den Bezug des auswärtigen Fleisches eine Verabminderung der Fleischpreise in der Stadt nicht eingetreten. Die Sparkasse habe unter den Kriegsalarmnachrichten gelitten, indem viele Lerne ihr Guthaben abgehoben. Ein günstiges Zeichen für das Vertrauen in die Stadtbank sei es aber, daß ungeföhrt dieselbe Summe dort eingezahlt wurde. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Ausstellung, für die ein Staatszuschuß abgelehnt, ein Lotterie-Gemeinnützigegeheimlich noch unentschieden sei. Die Ausgaben sind sicher, die Einnahmen nicht, trotzdem hat der Kammerer die besten Hoffnungen.

Die Generaldiskussion über den Stadthaushaltsplan für 1913

eröffnet der Berichterstatter Stadtv. Dettlinger (lib.): Gegenüber dem Herrn Kammerer muß ich sagen, um die neuen Schulden in den nächsten Jahren zu vermeiden, müssen wir die

Breslauer Orchester-Verein.

Sechstes vollstümliches Mittwoch-Konzert.

Es waren nicht übermäßig viel Menschen in diesem Konzert; als ob es die Zurückgebliebenen gesamt hätten! Nach der einleitenden Ouvertüre zu Webers „Carnant“ betrat Fräulein Solte Kaufmann aus Berlin das Podium, um das Klavierkonzert in F-moll von Chopin zu spielen. Mit Ausnahme des sehr klümmellosen Klavierspiels ist dieses Konzertstück mit seinen phantasievollen Klavierpassagen reichlich abgetanzen, zumal die Orchesterbegleitung Chopins starke Seite nicht ist. So manche Stelle im dritten Satz klingt geradezu dilettantenartig. Godowsky hat den Orchesterpart mit der sehr nur vorübergehenden Vorleistung ausgenommen wird. Technisch blieb sie nichts schuldig, was ein sehr großes Lob in sich schließt, denn das Bassanwendet ist sehr kompliziert. Beinahe wäre der Ernst der Vorführung dadurch geschwächt worden, daß sich ein roter Kinderballon von der Decke lan kam in die vorderen Reihen senkte. Etwa ein Duzend anderer Ballons klebte noch an der Decke wahrscheinlich ein Ueberrest vom Fasching. Da sollte doch eine gründlichere Revision des Saales nach solchen Abenden vorgenommen werden! Den Beschluß des Abends bildete die einstmals angekaufte „Vigantische Sinfonie“ von Berlioz (1.03—1.869), einem Zeitgenossen Meyerbeers. Wenn Meyerbeer diese Sinfonie geschrieben hätte, würde man nicht wenig geöhnt und geschimpft haben: bei Berlioz scheint man diese Ueberflucht übermenschlicher Phantasie auch heute noch für genial zu halten, was ich aus der Wahl dieses blutleeren Stückes schließe. Diese dürftigen, zerhackten Phrasen und Motiven, diese Hülle merkwürdiger, gewalttätig instrumentierter Details, dieser Bombast von Laut und Stille, gepaart mit einem Raffinement, wie es selbst Richard Strauss nicht überbieten konnte, erregen heute nur noch ein Lächeln nebst einem Gefühl des Abscheus. Wenn ich die Ballone ausgenommen. Und da wa t man es, Meyerbeer den Vorwurf der „Effekthaserei“ zu machen! Das Publikum war verblüfft über die Robeiten dieses Musikstückes und flüchete nach dem dritten und vierten Satz: sie hatten das bessere Teil erwählt. Die „lanliche Hochzeit“ von Goldmark wurde hies am Platz gemeldet. Schade um die Mähe: die sich Herr Behr augenscheinlich gemacht hatte!

Kunst und Wissenschaft.

Ein Rätsel der Torfmoore. Die Torfmoore, die gegenwärtig in ihrer großen Ausdehnung noch mehr als ein wirtschaftliches Hindernis denn als ein Vorteil betrachtet werden, sind vielleicht dazu bestimmt, später einmal ein wichtiger Reichtum zu sein. Die Wissenschaft hat an ihrer Erorschung ein besonderes Interesse, weil sich bei ihrer Bildung noch heute die Vorgänge abspielen, die der Entwicklung aller Kohlenlager zugrunde liegen.

In Deutschland sind die Torfmoore fast völlig frei von jedem Baumwuchs, während die großen Moore an der atlantischen Küste der Vereinten Staaten mit zahlreichen und ansehnlichen Bäumen durchwachsen sind. Aber auch den mittel-europäischen Torfmooren fehlen die Bäume nicht ganz und namentlich finden sich Stämme von Birken und von Haselstrauch, freilich aus früherer Zeit. Sie liegen nämlich auf dem Boden der Torfmoore und haben sich dort so gut erhalten, daß die Rinde besonders an den Wirtelstämmen so weich und glänzend ist, als ob sie erst gestern umgehauen wären. Daraus erhellt, daß die Flächen, wo sich jetzt die Torfmoore ausdehnen, vor geraumer Zeit mit Bäumen bestanden waren. Merkwürdig und unerklärlich aber bleibt es doch, daß gerade Birken und Haselsträucher dort gemachsen sein sollen, denn sie brauchen beide trockenen Boden, während der Torf nur in stark durchfeuchtetem Boden wächst. Ebenso rätselhaft ist es, wie die Stämme auf den Boden des Torfmoores gelangt sind. Würde man einen solchen auf ein Moor herauflegen, so würde er keineswegs durch sein eigenes Gewicht einsinken, und das Wachstum des Torfes erfolgt so langsam, daß er einen solchen Stamm unmöglich innerhalb kurzer Zeit umschließen könnte. Zum mindesten würde die ganze Rinde der Birken, die empfindlich ist wie Silberpapier, längst zerstört worden sein, ehe der Stamm von den Torfmoothen umwuchert ist. Nur durch sogenannte Mooraustrüche könnte eine plötzliche Bedeckung solcher Stämme mit Torfmasse erfolgen, also, wenn ein Torfmoor auf einem geneigten Gehänge abzurutschen beginnt und ähnlich einer schwarzen Lawine zu Tal geht.

Aus aller Welt.

Der Straßburger Alarm.

Zu der Straßburger Köpenickade melbet die „Frankfurter Zeitung“ noch folgende Einzelheiten, die den Vorfall nur noch vollständiger erscheinen lassen:

Der Minister hat nicht etwa, wie durch Extrablätter herbrettel wurde, eine distanzierte Depesche fabriziert, sondern ein einfaches Telegrammformular, aus Weihenburg datiert und wirklich darauf geschrieben: „An das kaiserliche General-Gouvernement, Garnison-Hauptquartier Straßburg. Die gesamte Garnison ist von der Hauptwache aus sofort zu alarmieren. Ich treffe im Kraftwagen um 12 Uhr auf dem Exerzierplatz Polygon ein. Wilhelm K. K.“ Mit dieser Depesche ging er zu dem wachhabenden Offizier auf der Hauptwache am Kleeberplatz, der sofort das Nötige veranlaßte. Auf dem Gouvernament, wohin die Depesche gebracht wurde, hat man anscheinend nicht eine Minute auf die Prüfung der Echtheit der Depesche verwandt. — In den letzten fünfzehn Jahren ist die Straßburger Garnison nicht mehr durch Signale auf der Straße, sondern durch Telephonruf alarmiert worden. Daß Wolter von dieser Gepflogenheit abweisen ließ, beweist, daß es ihm darauf ankam, möglichst viel Lärm zu machen. Nachdem er den Erfolg seines Vorgehens festgestellt hatte, begab er sich auf die Redaktion der sozialdemokratischen „Freien Presse“, wo er über seine Leistungen berichtete; hätte er das nicht getan, so wäre der Urheber der Straßburger Alarmierung wahrscheinlich nie entdeckt worden.

Wolter hat sich vor Jahren in Mäh Unregelmäßigkeiten in seiner Kasenföhrtung zu schulden kommen lassen und wurde deswegen entlassen. Er ging frohlos aus, da man auf seiner Zuröhrtungsfähigkeit zweifelte. Setzter bemühete er sich vergeblich, u. a. durch lange Stellungsanträge in der „Freien Presse“, eine Wiederaufnahme seines Strafverfahrens zu erreichen. Sein heutiger Streich stellt eine Art Verzweiflungssakt dar, durch den er seine inwärtigen erfolgte Verhaftung herbeiföhren wollte.

Ueber den falschen Kaiseralarm des ehemaligen Zahlmeisters Wolter werden immer mehr Einzelheiten bekannt. Das Geschehen an der Geschichte ist die Aufhebung des Prinzen Joachim, der gerade auf einem Spaziergang war und sich nicht einmal Zeit zum Essen nahm. Die Sparkasse mußte infolge der Beurteilung dieser Gelder zurückergeben. Wolter beabsichtigte allerdings auch eine Alarmierung der Flotte.

Zu Vorkessenden wird uns aus Straßburg noch geschrieben: Als die Truppen vom Exerzierplatz heimkehrten, kam auf die Redaktion unseres Straßburger Parteiblattes ein Mann zu unserm Genossen Fischer und bat, ein Extrablatt drucken zu lassen, worin er einen offenen Brief an die Mitglieder des Ausschusses der „Freien Presse“ hatte. Der Brief war lang, wie er mittelt. Unteroffizier, und ich kann wegen einer Geldverleumdung

Die Ausgaben möglichst unterlassen. Die dauernden Ausgaben des Etat sind um etwa 33 Millionen gemindert. Neben kommt der größte Teil davon auf die Stadtschuldenverwaltung zu. Die Mehreinnahmen sind nicht annehmbar hoch, sie betragen nur 800.000 Mark. Die Verwaltungsverwaltungen lassen uns da auch im Stich. Der Mehrbedarf an Steuern gegenüber dem Vorjahre sind 2.127.000 Mk., wobei 9 Prozent Steuer mehr erhoben werden müssen. Ich glaube, wir werden diesen Steuerzahlern eine Wohltat erweisen, wenn wir die Steuern nicht zu sehr erhöhen. Wenn wir zurückblicken auf die letzten 15 Jahre, so sind die Einkommensteuer um 84 Prozent, die Realsteuern um 60 Prozent gestiegen; meistens hatten wir Steuererhöhungen in diesen 15 Jahren, nur dreimal blieb es bei den festgesetzten Steuern. Wir haben bis jetzt kaum etwas mit der Steuerkraft der Einwohner getrieben und müssen einmal zu Verhältnissen kommen, die uns bei gleichen Steuern lassen.

Bei der Verwaltung werden wir an eine Herabsetzung der Ausgaben nicht denken können. Die Einkommen sind gestiegen, das Stadtgebiet wurde erhöht; ferner haben wir 10.000 Mark für die Kinder lungentranke Eltern eingestellt. Bei den höheren Schulen leben wir gleichzeitig mit dem höheren Schulgeld ein Zurückgehen der Schüler, bei Erhöhung des Zuschusses um 51.000 Mark, worauf besonders hinzuweisen ist. Die Mittelschulen erfordern sechs Klassen und damit ebenfalls höhere Ausgaben. Der höhere Zuschuß bei der Volksschule beträgt 1/4 Million Mark. Es sind die Hoch- und Haushaltungsschulen ausgebaut, ebenso die Geschäftsschule und es ist mehr Geld eingestellt für Schülerausflüge. Die Anzahl der Freischüler beträgt nunmehr in den Volksschulen den dritten Teil aller Schüler.

Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen erfordert durch das Hinzuweisen der weiblichen Handlungsgeschäftlichen und der Damen Schneiderinnen usw. einen erheblichen Zuschuß.

In den letzten Verhandlungen über das Stadttheater war uns klar geworden, daß wir mit einer Pacht nicht klüger vorgehen können. Wenn der Intendant hält, was er verspricht, dann erleben wir, glaube ich, noch eine angenehme Enttäuschung. Der Gesamtschluß für das Unterrichts- und Bildungswesen beträgt 9 Millionen Mark.

Die Marktsauberkeit will unsere Stadt den Fremden recht sauber zeigen. Das kostet auch mehr Geld, ebenso die Straßensauberehaltung, die höhere Ausgaben hat. Unter anderem werden wieder 25.000 Mark für Fernwärme verlangt; eigentlich betragen die Ausgaben dafür 300.000 Mark. Auf mich macht die fragliche Rechnung den Eindruck einer Milchmädchenrechnung.

Die Hausverwaltung erfordert 60.000 Mark mehr. Es werden namentlich die Pflegerarbeiten auf dem Wege zur Aufstellung bis zum nächsten Jahre zu verschärfen sein. Die Sanittationsgebühren könnten etwas ermäßigt werden, weil ein Teil der Anlageausgaben getilgt ist. Die Gartenverwaltung kostet 160.000 Mark. Auch die Spielplätze, dieses Weichen im Vorhergehenden, haben eine Mehrausgabe von 150.000 Mark. Wir haben sechs Plätze mehr. Ob alle diese Plätze sofort benutzt werden können, steht dahin.

Die Gemeindesteuern bringen erheblich höhere Einnahmen. Die Einkommensteuern sollen 1913 um 16 Millionen erhöht werden. Das ist eine Reforaktion für Breslau. Und kein Mensch kann jetzt willigen, wozu dieses Geld gebraucht wird. Darin kommen wir zu keiner Ordnung, wenn nicht im Etat die Verwendung genau angegeben wird.

Der Beamtenbesoldungsbeitrag bringt uns wie alljährlich Erhöhungen. Es hat der Einbruch, als wenn es sich dabei vielfach um Beförderungsfragen handelt. Es wäre wünschenswert, darin vom Magistrat die nötige Klarheit zu erhalten. Zum Ankauf von Bauden auf dem Dinge liegt kein Grund vor, mehr zu tun, als bisher, zumal unsere Finanzlage nicht gut ist. Eine Mehrausgabe kann ruhig unterbleiben. Der Baudenstand wird nicht so angefallen werden können, wie es der Herr Rämmerer vorgeschlagen hat.

Der Etat der Straßenbahn zeigt uns einen Ueberschuß von 250.000 Mark. Das sind weniger gegen das Vorjahr 200.000 Mark. Es muß aber gesagt werden, wir tilgen dabei einen Betrag von 10 Millionen Mark, die wir für den Ankauf der Straßenbahn zahlen mußten. So ungünstig ist also der Etat der Straßenbahn nicht; er wird auch so nicht bleiben. Der Rämmerer hat auch von einer Tarifänderung gesprochen, obwohl er vorher der Gesellschaft immer sagte, das geht nicht. Da muß doch erklärt werden, die Tarifänderung ist ein zweischneidiges Schwert. Wir schädigen dadurch ganz gewiß die Verkehrsinteressen, die wir fördern sollen. Von den Einheitsätze von 10 Pfennig abzugehen, das erscheint mir angebracht, denn er hat die Straßenbahn groß gemacht und den Kundenverkehr hervorgerufen. (Sehr richtig!)

Der größte Erwerbsergebnis ergeben die Gaswerke einen Ueberschuß von 9000 Mark. Beim Elektrizitätswerk ist auch jetzt noch zu bemängeln, daß der Tarif zu hoch ist.

Vor einigen Monaten ist durch die Presse die Nachricht gegangen, daß Magistrat wolle die Steuern nicht erhöhen. Der Magistrat hat seine gute Absicht nicht durchführen können. Wir wollen ihm dabei beifällig sein. (Bravo!)

Hierauf beantragte Stadtdirektor, von Stadtdirektor, Herrschel unterstützt, Vertagung der Stadtsitzung. Die Versammlung wandte sich der Erledigung anderer Vorlagen zu: Sie erklärte sich damit einverstanden, daß vom 1. Januar 1913 ab der Haftpflichtversicherungsbetrag der Stadtgemeinde Breslau mit der städtischen Unfallversicherungsgesellschaft in Adm. a. Rh. über den Betrieb der Linien 15 bis 20 und 22 ff. der städtischen Straßenbahn wie folgt abgeändert werde: 1. Der von der Versicherungsgesellschaft zu gewährenden Haftpflichtzuschuß wird a) für eine verletzte oder getötete Person im Höchstfalle von 50.000 Mark auf 100.000 Mark, b) wenn durch ein Ereignis mehrere Personen verletzt oder getötet werden, im Höchstfalle von 150.000 Mark auf 250.000 Mark für das Ereignis erhöht. 2. In den Versicherungsbeiträgen werden auch Sachschadigungen eingeschlossen. 3. Der Versicherungsbeitrag wird von 8 auf 12,4 von je 1000 Mark Betriebs-Einnahmen auf dem Fahrbetriebe erhöht.

Bei den Sitzungsberatungen der Betriebsdeputation, die zur Kenntnis genommen wurden, gab der Referent, Dr. Hoffmann, eine Anregung für die Frage der Grundwasseranhebung. Er wünscht, daß am Ritscher Ufer nur so viel Oberbännen gebaut werden, wie der Leistung der Erbschloß gebührenden Schichten entspricht, und daß die Brunnen der Gruppe II in die Gruppe I versetzt werden, die dann stark zu versetzen ist. Da durch die Anhebung der beiderseitigen Förderungen die chemischen Verunreinigungen aufgehoben würden, könnte man an Chemikalien erheblich sparen.

Der Ankauf des Grundstückes Schmiedebühl 40, das zum Teil der Straßenverbreiterung weichen soll, wurde für 53.000 Mark ohne Ausschussberatung beschlossen.

Ohne Ausschussberatung stimmte die Versammlung auch der Zahlung der Hundsteuerhilfe von 50.000 Mark für die laufende Spielzeit an Theaterdirektor Dr. Loewe zu.

Bei der Erklärung in den Markthallen wurden dem Wächter Erleichterungen durch Herabsetzung des Mindestpreises von 5000 auf 3000 Mark zugesprochen.

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen erledigt: Mehrausgaben von 5098 Mark für die Instandsetzung des Arciums der Liebigstraße;

Anlegung der Paulstraße zwischen Kaiser- und Lutherstraße, auf Grund eines Vertrages mit dem Eigentümer der dort errichteten Häuser;

Herstellung von Planstreifen in der Bohrauerstraße zwischen der Mengelstraße und der Selbmußstraße für 2500 Mark;

Herstellung eines Kanals in der Gräbnerstraße zwischen Kopitzstraße und Güterumgehungsbahn für 35.000 Mark. In den Ankauf I wurde an Stelle des verstorbenen Stadtdirektors Ehrlich I Sanittätsrat Dr. Goldschmidt gewählt.

Der Beamtendübel

ist noch recht häufig zu beobachten. Ein sehr nachahmenswerkes Beispiel zu seiner Bekämpfung gab in der ersten diesjährigen Sitzung der städtischen Kollegien zu Göttingen der Oberbürgermeister Grassow. Er wandte sich in einer Ansprache gegen den Dübel vieler Beamten und führte aus:

Es sind neuerdings wieder aus der Bürgerschaft Klagen an mich gelangt, daß im dienstlichen Verkehr mit dem Publikum nicht von allen Beamten mit dem nötigen Entgegenkommen und mit gebührender Urteilsart verfahren werde. Ich habe den Beamten erst neuerdings wieder ein höfliches und entgegenkommendes Verhalten gegen die Bürgerschaft nachdrücklich zur Pflicht gemacht und im Falle der Nichtbeachtung dieser Anordnung unanfechtliches Einschreiten in Aussicht gestellt. Zu wiederholten Malen habe ich zu meiner Kenntnis zu bringen; ich werde in jedem zu meiner Kenntnis gelangenden Falle eine eingehende Prüfung einleiten lassen und gegebenen Falles mit allem Nachdruck Abhilfe schaffen.

Auch in Breslau gibt es Beamte, die sich die Worte des Göttinger Oberbürgermeisters merken sollten.

Fleischverkauf.

Der Magistrat macht bekannt, daß Freitag, den 7. Februar, der Verkauf des russischen Schweinefleisches in den durch rote Plakate kenntlich gemachten Läden fortgesetzt wird. Das russische Fleisch ist rot gestempelt.

als geistreich entlassen worden. Seine Versuche, von militärischer Seite als geistig gesund geschrieben zu werden, scheiterten. Zivilrechtlich gibt der Mann, wie er ausfragte, als geistig gesund. Um nun der Militärbehörde eine Probe seines Geisteszustandes zu geben und gleichzeitig die Richter des von Militärärzten abgegebenen Gutachtens herbeizuführen, hat der frühere Unteroffizier diese Adressatende losgelassen. — Er ist in später Abendstunde munter in der Straße etwas von der Identität des Täters, der der Militärbehörde gleichsam als Symbol der Genossenschaft und Opfer eines Systems diesen Streich gespielt hat. Die krassen Patrioten, die tagtäglich in ihrer Schmachrede lesen, was der Kaiser gegen ihn hat und was er zur Stunde weilt, setzen sich von einem für verurteilt gehaltenen Militärs, trotzdem sie vor einer Stunde erst erfahren hatten, daß der Kaiser in Öpferungen weilt. Langsam wurden die Flaggen wieder eingezogen. Mitternacht ging zu Ende, nicht ohne vorher gezeigt zu haben, daß Deutschland immer noch in der Welt voran ist.

Die Studentenrevolte in Marburg, über die wir berichteten, begann nach einer Meldung des Berliner Tagblatt, in der Nacht gegen 11 Uhr. Um diese Zeit sammelten sich aus Marburg über die für 1 Uhr angeordnete Schluß aller Versammlungen etwa 300 Studenten auf dem Marktplatz und dem umliegenden größtenteils und schreien vor der Polizeiwache. Die Polizei war zu wenig zahlreich und konnte daher gegen die Demonstration nichts ausrichten. Als einige Polizisten zu Verhaftungen schritten, wurden sie von Studenten angegriffen und mißhandelt. Nur mit Mühe gelang es zwei Studenten in Polizeigewahrsam zu bringen. Bei dem Tumult wurden sämtliche Fensterheben der Polizeiwache eingeworfen. Es wird erzählt, daß das Marburger Jägerbataillon von der Polizei eine Hilfe angefordert wurde, daß ein militärisches Einschreiten jedoch nachher abgelehnt wurde. Die Feste um der Polizeiwache auch für den Polizeidienstleistungen vor von der Polizei angeordnet worden, weil in früheren Jahren in der Nacht zum Mitternacht zahlreiche Ausschreitungen von Studenten vorgenommen waren.

Die Leibesübungen von der Spitzbergen-Expedition. Die Zeitung „Nipponen“ in Christiania erhält am 6. Februar aus Spitzbergen folgendes Radio-Telegramm:

Spitzbergen hat es nicht für unmöglich gehalten, daß Dr. Schaner aus Dr. Moser nach dem Schiff in der Inzarenbergstraße zurückkehrte. Moser teilt weiter mit, daß er und

sein Begleiter längs der Westküste entlang gegangen ist, wo er mehrere Hütten gefunden, von denen einige Proviant für zwei Monate enthielten. Bei keinem Mitgliede der Expedition sei Anzeichen von Scharbath vorhanden. Ritscher erfroren die Finger der rechten Hand und die Füße. Mehrere Jochen mußten in den nächsten Tagen amputiert werden. Sein Befinden ist gut. Die Hülfsexpedition wird für 20. Februar zurückverwartet.

Das Ereignis beim Fußballspiel. Bei einem Fußballspiel in Sunderland (England) ereignete sich am Donnerstag nachmittags ein schwerer Unfall. Auf dem Tache eines Kohlenstoppens standen etwa zweihundert Leute, um dem Spiele zuzusehen. Plötzlich stürzte das Dach ein, wodurch eine Anzahl Personen schwer verletzt wurden. Acht mußten ins Krankenhaus überführt werden.

Eine indische Stadt in Flammen. Die alte historische Stadt Latta im Bezirk Bombay steht seit drei Tagen in Flammen. Ganze Straßen sind zerstört. Um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern, hat die Feuerwehr viele Gebäude in die Luft gesprengt. Der Feuerherd ist jetzt umgrenzt.

Die Korruption in der New Yorker Polizei. Neue Erpressungen der New Yorker Polizei werden jetzt bekannt. Der Polizeikommissar Walsh gestand dem Staatsanwalt seine Beteiligung an Selbsterpressungen ein, die an Wirten von Bordellen, Abseigequartieren und niedrigen Hotels verübt worden sind. Von dem Polizeikapitän, seinem Stillschloßmeister und seinem Inspektor sind im Distrikt des Walsh in den letzten fünf Jahren allein dreiviertel Millionen Dollars eingetrieben worden.

Kleine Notizen.

Zur Berliner Reichshofen-Fest der Gesellschaft für Erdkunde am 2. Februar wird auch Sen Senadin aus Stockholm kommen. Ebenfalls wird in dieser Sitzung Oberleutnant Filchner einen kurzen Bericht über die deutsche antarktische Expedition geben.

Herstellung eines hundertdreifachen Mörders. In Charlton (Australien) ist der Mörder O'Connell zum Tode verurteilt worden, der 108 Menschenleben auf dem Gewissen hat. Der Massenmörder war zum Schluß der Gerichtsverhandlung geständig. — Ein Marittimal. Die Nationalkommission des Reichstages Abstrahlung über die Petition be-

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins

muß auf einige Zeit geschlossen bleiben, da der Teil des alten Gewerkschaftshauses, wo sie untergebracht war, eingerissen wird und die nötigen Räume im Neubau noch nicht bezogen werden können.

Die Wiedereröffnung der Bücherausleihe wird ungefähr Mitte dieses Monats rechtzeitig in der „Volkswacht“ bekannt gemacht werden.

Billige Eintrittskarten für die „Urania“

sind noch für Freitagabend und Sonnabendabend in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben. Zur Vorführung kommt „Die Reise um die Welt zum Südpol“ und „Der Kampf auf dem Balkan“.

Die Vertrauensmänner-Versammlung des hiesigen Metallarbeiter-Verbandes, welche gestern Abend im „Goldenen Bepler“ stattfand, war besonders zahlreich besucht. Sie beschloß nach einem Referate des Genossen Wiener über Zweck und Wert der Zentralisation von Arbeiter-Bibliotheken einstimmig, die bereits reich ausgestattete und erfolgreich funktionierende Verbandsbibliothek der im neuen Gewerkschaftshaus zu schaffenden Zentralbibliothek anzuschließen. In der Diskussion darüber fand der Gedanke ungeteiltes und begeistertes Verständnis. Offenlich regt auch dieser gefasste Beschluß dazu an, daß die wenigen gegen das Unternehmen nach vorhandenen Widerstände überwunden werden, und daß nun endlich auch die Breslauer freien Arbeiterorganisationen sich dem Beispiel aller anderen Städte, welche jene Zentralisation bereits durchgeführt haben, würdig anschließen.

Welche Lust, Soldat zu sein! Der Unteroffizier Friedrich Mische vom Trainbataillon 6 in Breslau hatte sich vor dem hiesigen Kriegsgericht wegen Mißhandlung und vorverschuldeter Behandlung des Soldaten Ziele zu verantworten. Dieser beschwört, der Unteroffizier habe ihn wegen langsamer Ausführung eines Befehles in den Arm geknickt. Als Ziele von unmenschlicher Behandlung sprach, habe der Unteroffizier ihn zwischen Betteln an die Wand gedrückt und mit den Worten: „Was sagst Du!“ mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß die Nase blutete. Das Blut beugen die Soldaten Paul und Siegmund, letzterer beidseitig auch, daß Ziele von dem aufgeregten Unteroffizier herumgestoßen und zwischen die Betten gedrückt wurde. Dieser behauptet, geschlagen habe er Ziele nicht, der Mann habe hinter der Tür gestanden; als der Unteroffizier hereintam, habe er ohne Absicht aus Versehen durch Öffnen der Tür ihn angestoßen. Der Wachtmeister gibt an, Ziele sei nicht im merkwürdigen. Kriegsgerichtszustand und beantragt wegen vorverschuldeter Behandlung fünf Tage Militärarrest. Der Verteidiger, ein Oberleutnant, beantragt Freisprechung und sieht in der Anzeige Ziele's einen Macheakt. Das Kriegsgericht nahm nur als erwiesen an das Anschauen und Herumschleichen, worin es vorverschuldete Behandlung sah und erklärte noch unter dem Antrag des Vertreters der Anklage dafür auf nur drei Tage Militärarrest und sprach dem Unteroffizier von der Anklage der Mißhandlung frei.

Der Jäger Karl Hellmann trat im November 1912 freiwillig beim Regiment 11 in Breslau ein. Über schon nach wenigen Wochen war ihm der Dienst gründlich verleidet. So entfernte er sich denn am 9. Januar von seiner Truppe. Er wollte nach Rußland hinüber, um dort sein Schneiderhandwerk weiter zu betreiben. Aber schon in Karlowitz arrelierte ihn der Gendarm. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu einem halben Jahre Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse.

Misgunst. Am 30. v. Mts. abends gegen 10 Uhr kam auf der Reichsstr. ein Herr infolge Missetaten zu Fall und hat sich einen Oberschenkelbruch zugezogen. Eine Frau sowie zwei junge Leute kamen hinzu und leisteten dem Unglücklichen Beistand. Diese Personen werden erlucht, sich im Zimmer 2 des Polizeipräsidiums, Schuhbrücke 46, zu melden, oder ihren Namen und ihre Wohnung schriftlich dorthin gelangen zu lassen.

Mit einer Schußwunde im Unterleib wurde in diesen Tagen ein Waldbauer Ritsche aus Juliusburg in die hiesige Chirurgische Klinik auf der Biergartenstraße eingeliefert, wo er bald darauf verstorben ist. Wie der Mann zu der Schußverletzung gekommen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

treffend den Parfisschuh) ergab nur 2 Stimmen für die Ueberweisung zur Berücksichtigung und dann nur 5 Stimmen für die Ueberweisung zur Erwägung, so daß ohne weitere Abstimmung eine Mehrheit für den Uebergang zur Tagesordnung festgestellt wurde.

Ein Stillstand ist in der Verfallsungsannahme der Reichshauptstadt eingetreten. Der Bezug nach Berlin hat so abgenommen, daß er durch den Fortzug aufgewogen wird. Am 1. Januar v. J. betrug die Bevölkerung 2084046 und am 1. Januar dieses Jahres 2095030 Seelen, das sind 10985 mehr als vor einem Jahre, gegen 12133 im Jahre vorher. Das Bevölkerungswachstum der Reichshauptstadt ist nach dieser Meldung Kapitän Ritschers nur durch eine zufällige Expedition nach Green Harbour möglich.

Ein Erbe des Prinzregenten. Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus München gemeldet: Das Jagdgebiet des Prinzregenten Luispol ist als Vermächtnis an seinen Leibeserben Max Pentler übergegangen. Es besteht aus den kurzen, ledernen Antelosen, schön gestickten Trägern dazu, Weste, Wams und grünem Hut mit Gamsbart, der allein 800 Mk. wert ist und vom schönsten Vork kommt, den der Regent je geschossen hat; die Parfisschuh hat allein 10 Mk. gekostet. Zum Gewand gehören noch die Wadenstrümpfe und Nagelschuhe. Alles paßt dem Erben vorzüglich, der die gleiche Figur hat wie Bayerns erstorbener königlicher Jagdherr.

Wenn der Erbe nun nicht großwahnsinnig wird und glaubt, er könne oder müsse Bayern regieren!

Gegen die Schundliteratur. Am 1. März tritt in Berlin ein neues Volksgesetz in Kraft, das die Schundliteratur und zum Schutze der Jugendlichen in Kraft. Darnach dürfen Buchhandlungen und Händler mit Zeitschriften an Kinder unter sechzehn Jahren Detektivromane und die in sich abgeschlossenen Jugend- und Zwangsromanen nicht mehr verkaufen noch gegen eine Gebühr ausleihen.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich am Mittwochabend in der künftigen Pulverfabrik von Mettern bei Gern (Sachsen). Ein Arbeiter wurde getötet. Der angerichtete Schaden ist enorm. Die Explosion wurde auf eine Entfernung von 50 Kilometern gehört.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Die Gewerbegerichtswahlen in diesem Monat machen es nötig, in allen Gewerkschaften rührig zu sein und keine Gelegenheit zur Wahlarbeit zu versäumen. Es empfiehlt sich besonders, in allen Werkstätten und Mitgliederversammlungen und in den öffentlichen Versammlungen auf die große Bedeutung der Wählerwahlen aufmerksam zu machen. Unser Erfolg hängt davon ab, daß jeder freie Gewerkschaftler pünktlich zur Wahl geht. Die Vorstehenden und Vertrauensleute müssen in allen Versammlungen und Sitzungen die Wähler an ihre Pflicht erinnern.

Wir bitten noch, von den gegnerischen Flugblättern je einige Stück sofort ans Arbeitersekretariat zu schicken.

Der Ausschuß des Gewerkschaftsartikels Breslau.

Kunst-Abend.

Am Montag, den 17. Januar, wird der Breslauer Arbeiterschaft ein hoher Kunstgenuss geboten durch den Vortragsabend über „Konstantin Meunier“, den Herr Kunstschriftsteller Karl Meißner, Dresden im Saale des „Kronprinz“ vorstellt. Der Eintritt beträgt nur 20 Pfennige, Karten sind in der Expedition und bei den Distriktsführern zu haben.

Ein falscher Offizier. Ein hiesiger siebzehnjähriger Bahntechnikerlehrling wurde von der Sucht nach Abenteuer gepackt. Er entwendete seiner Mutter eine Summe Geld und kaufte sich dafür in der Stockhause eine Offiziersuniform für ganze zwölf Mark. Von der Leichtfertigkeit und Unkenntnis des jungen Mannes legt schon der Name Zeugnis ab, daß er sich einen Mantel aneignen ließ, der ihm, dem sehr kräftigen Jüngling, viel zu weit war und daß er mit einer Fälschung vorlieb nahm, die eine Landwehrrotarde trug. Trotz dieser auffälligen Bekleidung vermochte er doch, eine Zeitlang den Offizier zu spielen. Er nahm Wohnung in einem Hotel im Stadtinnern, machte da große Rechnung und lebte auf einem Fuße, wie er es für einen Offizier angemessen hielt. Auch auf der Straße trat er fast als solcher auf; so hat er einmal einen Soldaten, der ihn nicht grüßte, zur Strafe bei sich in der Wohnung antreten lassen. Die ganze hochstaplerische Persönlichkeit konnte aber selbstverständlich nicht lange dauern; die Polizei wurde alsbald auf den seltsamen Offizier aufmerksam, und eines Tages faßte ihn ein Kriminalist ab und entlarvte den Offizier als Hochstapler.

Frau Wehrauch und Schmiedefeld bittet uns mitzuteilen, daß sie mit der in unserem Artikel „10 Jahre Zuchthaus“ wegen Hehlerei verurteilten Arbeiterin Wehrauch nicht identisch ist.

Gewerkschafts-Kartell. Die Vorstehenden der Gewerkschaften, welche keine et einen Bureau haben, können die Gesangs- und Sportvereine erinnern wie nochmals an die am Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindende Sitzung. Es handelt sich um eine Aussprache wegen Unterbindung der Vereinszusammenkünfte.

Zeugen gesucht. Am 20. Januar ist auf der Sadowastraße, an der Kaiser-Wilhelmstraße, der Monteur Knoppe von einem Fleischtransportwagen überfahren worden. Personen, die diesen Vorgang gesehen haben, werden gebeten, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 47, zu melden.

Ein 12-jähriger Lebensretter. Dieser Tage ging, wie berichtet wird, der 12-jährige Knabe Arthur Guffe in der Michaelsstraße spazieren, als er durch Öffnung auf einen 3-jährigen Jungen aufmerksam wurde, der auf dem Giebel des Hauses an der Behalozgasse eingebrochen war und sich vergeblich bemühte, an dem fortwährend nachbröckelnden Giebel Halt zu finden. Sofort eilte er dem Verunglückten zu Hilfe und schob sich liegend auf dem Giebel bis an die Einbruchsstelle heran, wo es ihm gelang, den Knaben mit eigener Lebensgefahr zu retten.

Taschendiebstähle. In einer Restauration am Ritterplatz ist einem Richter ein Portemonnaie mit 10 Mark aus der Tasche entwendet worden. — Einem Musikanten, der mit einer Frauensperion geseht hatte und diese schließlich in ihrer Wohnung aufsuchte, ist sein Portemonnaie mit 70 Mark gestohlen worden. — In einem Schuhmachermeister gestellte sich in diesen Tagen ein unbekannter Mann, mit dem er schließlich einige Zeit zusammen zehrte. Als er heimkehrte, mußte er wahrnehmen, daß ihm der Unbekannte seine Taschenuhr gestohlen hatte.

Gefunden wurden eine Pelzboa, einbeutel mit Lederhosen, ein Schlüsselbund, eine Brosche mit Photographie, eine goldene Damenuhr mit Kette, ein brauner Muff, eine silberne Brosche, eine Lornette mit Stiel, 30 Mark Geld, ein Portemonnaie mit Inhalt. — Zugelaufen ist ein weiß und braun gefleckter Wackelhund bei Vannert, Kupferhämmerstraße 28, ein schwarzer Fackel bei Marwan, Tauenhienstraße 21, ein deutscher Schäferhund bei Kinte, Hohenzollernstraße 20. — Verloren ein Brillant, 175 Mk. Vauergeld, eine Stechuhr der Wach- und Schließgesellschaft, ein goldener Trauring, gez. E. K. 21. 8. 1901, ein Augenglas mit Doublefassung, ein weißer Krimmertrauen, zwei Broschen und je ein Portemonnaie mit 10, 50, 15, und 19 Mark.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mittellungen aus den Direktionsbüros.)

Stadt-Theater. Heute Freitag: Zweiter Tag der Nibelungen-Trilogie: „Siegfried“. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend, zu ermäßigten Preisen: „Hoffmanns Erzählungen“. — Sonntag: „Der fliegende Holländer“. — Nachmittags zu kleinen Preisen: „Das Mädchen des Eremiten“. — Montag schließt „Der Ring des Nibelungen“ mit „Sötterdämmerung“. (Anfang 7 Uhr.)

Lobetheater. Heute Freitag: „Sinter Mauern“. Sonnabend: „Uradne auf Nagos“, Oper in einem Aufzuge von Richard Strauß; vorhergeht: „Der Bürger als Edelmann“, Komödie von Moliere, mit der Musik von Richard Strauß. Sonntag: „Der aufstehende Grad“. Nachmittags zu kleinen Preisen: „Die fünf Frankfurter“. Montag: „Sinter Mauern“. Dienstag geht anlässlich des 100. Geburtstages Otto Ludwigs dessen Trauerspiel „Der Erbforster“ in Szene.

Thalia-Theater. Morgen Sonnabend, zweite Vorstellung für Gruppe C, „Helinde“. — Sonntag, „Maria Stuart“, mit Frau Sanien in der Titelrolle. — Montag Sondervorstellung für die Handlungsgehilfen-Vereine, „Die Kameliendame“. (Anfang 8 Uhr.)

Schauspielhaus. Heute Freitag: „Der liebe Augustin“. — Morgen Sonnabend zum ersten Male „Die Musterweiber“, Operette von Franz Werther. Besetzt sind die Damen Fidler, Schoemig, Lang, Selzig und die Herren Brödel, Brunner, Selzig, Wölfl, Brandl. Musikalische Leitung Herr Kapellmeister Heg. — Sonntag zum zweiten Male „Die Musterweiber“. — Nachmittags zu kleinen Preisen: „Die Dollarprinzessin“. — Montag „Der liebe Augustin“.

Hierzu Wuch. Die Schlesienschen Jubiläums-Festspiele, welche am 25. Dezember begonnen haben, erreichen am 28. Februar ihr Ende. Am Mittwoch und am Sonnabend nachmittags um 4 Uhr werden zu besonders ermäßigten Preisen Aufführungen für die Schüler der hiesigen Lehranstalten gegeben. Sonntag nachmittags gelten ermäßigte Preise für alle Besucher der Vorstellung. Zur Aufführung aelanat bis auf weiteres abwechselnd das

Dr. Egerische Festspiel „Schlesiens Ehre“ und Festspiel patriotisches Schauspiel „Das Volk steht auf“. Heute Freitag, abends 8 Uhr, wird „Das Volk steht auf“ gegeben. Für diese Vorstellung gelten die für verschiedene Verleiher gewährten Ermäßigungen. Sonnabend nachmittags 4 Uhr wird ebenfalls „Das Volk steht auf“ zum ersten Male für Schüler gegeben.

Die Ringkämpfe im Festgarten. Der Ueberraschung am Mittwoch ist eine neue am Donnerstag gefolgt, und zwar war wieder der französische Apollon die Colosse der Lebtragende. Der Entscheidungskampf, den er mit dem leichten Bremer Stalling ausgetragen hatte, hatte für ihn das gleiche Ergebnis wie der mit Lippa. Trotzdem er ihm während des Kampfes andauernd überlegen war und ihn jederzeit sicher hätte, verlor er es doch im Laufe des Kampfes und fiel so dem Bremer zum Opfer. In der 26. Minute erreichte der Franzose einen Untergriff von hinten und brachte den Bremer zu Boden. Stalling machte blühschnell eine Bravoure, hielt den Arm fest und zog ihn glatt auf beide Schultern. Gesamtdauer 40 Minuten. Der catch-as-catch-can-Kampf zwischen Sturm-Berlin und Perzoga-Schweiz brachte den erwarteten Sieg des Weltmeisters. Nach den verschiedensten Griffen, die bei diesem Kampfe vom Kasse bis zum Fuße erlaubt sind, siegte schließlich Sturm nach einer Kampfzeit von 11 Minuten. In dem dritten Kampfe standen sich Anglio-Martiniague und Michailoff-Rußland gegenüber. Nach wechselvollem Kampfe, der sich fast gleichmäßig auf Boden- und Standkampf verteilte, endete das Treffen nach 20 Minuten unentschieden. — Heute abend ringen u. a.: Entscheidungskampf zwischen Gaff und Michailoff, Sturm gegen Anglio und Stalling gegen Lippa.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Bimpe. Ein schwerer Unfall ereignete sich Mittwoch nachmittags um 3 1/2 Uhr an dem Kanalbau in der Feldmark Bimpe. Vier wurde ein Rutscher aus Kavalen von einer Lode so schwer ins Gesicht getroffen, daß er sehr schwer verletzt wurde. So ist ihm besonders der Unterkiefer sehr gerammt worden. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe und schafften ihn nach den königlichen Kliniken.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Olgau, 6. Februar. Auch ein „Bombardement“. Seit drei Tagen sprengen die Olgauer Bombardiere die alten Wallmauern. Dienstag nachmittags 4 Uhr erfolgte eine gewaltige Detonation. Durch den gewaltigen Luftdruck stürzten hunderte von Fensterhebeln. Es war in der jüdischen Wallmauer in der Höhe von 50 bis 60 Metern und einer Stärke von 1 1/2 Metern gesprengt worden. Die herumfliegenden Mauerreste sind in Millionen Teichen in der ganzen Umgebung zerstreut. Gegen 80 Fensterhebeln wurden allein im Elektrizitätswerk zertrümmert; die Breslauer und Lissaer Dampfkessel sind mit Mauerresten wie beizt. Von den Lindenbäumen in der Bahnhofstraße wurden die armen Äste abgerissen, das Straßenpflaster in der gleichen Straße wurde durch den Druck gehoben und Trottoirfliesen herausgerissen. Die Straße war mit Flegelstücken wie besät. Stücke von der Größe eines Menschenkopfes flogen in rasender Geschwindigkeit durch die Luft und prasselten dann auf die anliegenden Straßen und Plätze nieder. Der alte jüdische Friedhof ist fast ganz mit Steinen übersät worden. Die Telegraphen- und Telephondrähte am Bahndamm sind in großer Zahl gerissen. Die Sprengstücke flogen bis nach der etwa 500 Meter entfernten Alten Überbrücke. Glücklicherweise ist niemand verletzt worden. Die Leubungen werden noch weiter fortgesetzt. Öffentlich geht man dabei etwas vorsichtiger zu Werke und nimmt kleinere Mengen des Sprengstoffes.

Posen, 7. Februar. Strafe für zu wenig Patriotismus. Von der Berger Oberrealschule in Posen wurden zwei polnische Vorkamer, die bei der Kaiser-Geburtsfeier beim Kaiser noch nicht aufgefunden waren, relegiert. In der höheren Privatschule wurden zwei polnische Schülerinnen aus demselben Grunde aus der Schule verwiesen.

Meeritz, 7. Februar. Deutsche Kultur. Auf dem hiesigen Gerichtsgesängnis wurde Donnerstag der 19-jährige Malergehilfe Joseph Dewald hingerichtet. Er war im Oktober v. J. vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt worden, weil er seine betagte Mutter in der Nacht ermordet und um über 1200 Mark beraubt hatte. Er war dann nach Berlin gebracht und hatte dort einen Teil des Geldes mit seiner Frau verpraselt.

Neueste Nachrichten.

Der Balkankrieg!

Vor Adrianopel.

Sofia, 7. Februar. Die Beschießung der Festung Adrianopel dauert zurzeit immer noch fort. Granaten, die zufällig in der Stadt an verschiedenen Stellen platzen, verursachen eine Reihe weiterer neuer Brände, nachdem die vom vorgehenden Tage noch nicht alle hatten gelöscht werden können. Es brennt jetzt in der Festung an verschiedenen Stellen Lichterlösch und über der Stadt lagert zeitweilig dichter Qualm.

Konstantinopel, 7. Februar. Die bulgarischen Truppen vor Adrianopel fahren fort, die Häuser der Einwohnerstadt von Adrianopel zu zerstören. Die Zahl der Toten und Verwunden unter der Zivilbevölkerung ist ansehnend sehr groß. 55 Personen fanden bisher den Tod in den Flammen der brennenden Häuser und sind meist bei Rettungsversuchen ums Leben gekommen oder von den niederstürzenden Mauern erschlagen worden.

Konstantinopel, 7. Februar. Das Bombardement von Adrianopel dauerte auch gestern den ganzen Tag an und war flundenweise geradezu furchterlich, besaß es an der Süd- und Ostseite. Die prächtige und berühmte Selimieh-Moschee wurde von der bulgarischen Artillerie, die dort die drablosse Station vermutete, stark beschädigt. Die Nachricht, ein Teil der Stadt sei bereits gefallen, ist bisher noch in keiner Weise bestätigt, ebensowenig das Gerücht, die beiden armenischen und griechischen Metropolen von Adrianopel seien aufgehängt worden. Beide leben noch.

Vor Tschatalbicha.

Konstantinopel, 7. Februar. Der türkische Kriegsanführer Rahmut Schefet Pascha veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Die von bulgarischer Seite verbreiteten Nachrichten über eine Niederlage der türkischen Truppen bei der Salbinsel Gallipolis entsprechen, wie an militärischer Stelle bekannt ist, nicht den Tatsachen. Tatsache ist vielmehr, wie offiziell dem türkischen Kriegsministerium mitgeteilt wurde, daß im Gegenteile die Türken den Bulgaren einige Positionen wieder erlitten haben. Salahit befindet sich noch in den Händen der Türken.

Sofia, 7. Februar. Auf der Salbinsel Gallipolis haben gestern die bulgarischen Truppen die Höhen von Schmetz nach kurzem aber hartnäckigen und verlustreichen Kampfe eingenommen.

Konstantinopel, 7. Februar. Offiziell wird mitgeteilt, daß die türkischen Truppen Kastritia, Bakhideli und die

Eisenbahnstation Tschatalbicha, sowie die Vorkantone und den Ort Daghenbichel und die Höhen gegenüber dem rechten türkischen Hügel besetzten und die Feinde aus allen diesen Stellungen mit großen Verlusten zurückschlagen. Türkische Rekonstruktionsabteilungen hatten im Verlaufe des gestrigen Tages wiederholt mit den feindlichen Truppenabteilungen Kämpfe. Von Deros her und von dem Nordende der Tschatalbicha-Linie war unregelmäßiges Feuern hörbar.

Türkische Erfolge in Roboska.

Konstantinopel, 7. Februar. Nach einer hier eingeangenen Meldung von gestern gelang es den türkischen Truppen bei Roboska, unter dem Schutze der Geschütze der türkischen Kriegsschiffe mehrere starke Truppenkörper zu landen. Die Bulgaren sollen Roboska fluchtartig verlassen haben. Genauere Einzelheiten über die Landung der türkischen Truppen und über die angebliche Flucht der Bulgaren stehen zurzeit noch aus.

Das Urteil im Wienziersprozeß.

Leipzig, 7. Februar. Mit dem gestrigen Tage erreichte der Wienziersprozeß gegen den aus Schlesien stammenden bekannten Flieger Eugen Wienzier sein Ende. Das Urteil wurde spät abends gesprochen. Es lautete wegen betrügerischer Bankrottverfälschung, sowie wegen Meineides, unter Zuhilfenahme der Umstände, auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Vier Monate der Strafe werden durch die bisher erlassene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Die mitangeklagte Frau Gensel wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat der Strafe wird durch die erlassene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Und immer mehr Soldaten!

Berlin, 7. Februar. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nach den Vorschlägen des Großen Generalstabes soll, wie die „Tägliche Rundschau“ erzählt, in der Form erfolgen, daß eine jährlich; Mehrreinstellung von 45.000 bis 50.000 Mann in das stehende Heer und in die Marine festgesetzt wird. Das ist nach genaueren statistischen Berechnungen die Zahl derjenigen Militärdenkmaltruglichen, die derzeit nicht zur Einstellung gelangen können. Diese Vermehrung unseres stehenden Heeres an Mannschaften soll dazu verwendet werden, die noch fehlenden dritten Bataillone bei achtzehn Regimentern aufzustellen.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Das preussische Kriegsministerium hat nach den vorgeschriebenen erfolglos verlaufenen Probefahrten den neuen Zeppelin-Luftschiff-Kreuzer „Orsa 3. I“ angenommen und angekauft.

Explosion in einer Pulverfabrik.

Dorn a. Rh., 7. Februar. In der Pulverfabrik in Troisdorf fand gestern nachmittags eine 2. Explosion statt, bei der ein Schürmeister getötet wurde; zwei Arbeiter erlitten sehr schwere und ein anderer Arbeiter weniger schwere Brandwunden. Alle drei wurden sofort nach dem Krankenhause transportiert. Die Ursache der Explosion konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden.

Ein Automobil-Omnibus in den Fluß gestürzt.

Warschau, 7. Februar. Bei der Bahnstation Glarabrog stürzte ein mit dreißig Personen besetzter Automobil-Omnibus durch das Einstürzen einer hölzernen Brücke, die schon recht alt war, in den Fluß hinab. Der Chauffeur der Automobilbrücke und vierzehn Personen wurden sehr schwer verletzt. Eine Anzahl liegt im hoffnungslosen Zustande im Krankenhause. Vier Personen erlitten schwere Gehirnerschütterungen.

Selbstmord eines Breslauer Schriftstellers.

Berlin, 7. Februar. In einem Hotel in der Eichenborststraße hat sich gestern nachmittags der 31 Jahre alte Schriftsteller Eugen Wader aus Breslau erschossen. Das Motiv des Selbstmordes ist noch vollständig unbekannt. Eugen Wader war erst am Montag dieser Woche aus Breslau in Berlin eingetroffen und in dem genannten Hotel abgestiegen.

Wylowitz, 7. Februar. Ausgebrochen. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis ausgebrochen ist der Strafgefangene Kukul vorgeklettert früh gegen 7 Uhr. Er ließ sich durch ein Dachfenster mit Hilfe eines Seiles herab und entfloß über das Silbermannsche Grundstück. Kukul hatte eine Strafe von 1 1/2 Jahren zu verbüßen und konnte trotz bald ausgenommener Verfolgung noch nicht festgenommen werden.

Briefkasten.

Wenz-Madwig. Die Verlobungsgefächte können nach dem Gesetz zurückverlangt werden.

M. Sch., Erbkrankheit. Handelt es sich um dieselbe Krankheit, an der das Mittalied vom August bis November 1912 gelitten hat, so wird das Krankengeld nur so lange gezahlt, bis mit der vorjährigen Krankheitsdauer 26 Wochen voll sind; liegt eine andere Krankheit vor, dann muß von jetzt an gerechnet für 26 Wochen gezahlt werden.

A. D., Gerdorf. Der Förster durfte den Hund nicht ohne weiteres erschlagen und verschenken; er ist schadenlospflichtig.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
7.2.1.98	0.49	2.27	0.48	2.90	1.54	5.28	3.46	2.74	2.01
6.2.1.98	0.84	2.57	1.03	7.42	2.23	0.21	1.89	1.68	1.79
Wasserstand	0.98	2.19	0.42	2.07	0.72	3.81	0.81	1.56	0.01

*) Auswanderungshöhe f. Rothwitz 3,50; für Dreizehn (Dres) Ohle-Niederung 3,27.

Aus der Geschäftswelt.

Warum soll man Suppen essen? In manchem kleineren Haushalt wird wegen des leidigen Zeitmangels oder wegen der nicht geringen Umstände und Ueberlegung, die bei Bereiten einer guten Suppe verursacht, oftmals gar keine Suppe auf den Tisch gebracht. Dies ist sowohl vom Standpunkt einer richtigen Ernährung als auch vom Kostenstandpunkt zu bedauern. Es ist nämlich eine Tatsache, daß jede Mahlzeit mit Suppe besser ernährt als Mahlzeiten ohne Suppe, denn flüssige Nahrung wird vom Körper viel besser ausgenützt als feste; die ist auch viel teurer als mit den bekannten Knats-Suppenarten stellt man abwärts die besten Suppen schnell und einfach her, nur durch Aufheben der Suppenmasse in Wasser und Kochenlassen. Knats-Suppenwurzeln sparen Zeit, Arbeit und Geld.

Schlechte Pferde-Kostete. In der am 6. d. Mts. beendeten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden: 1. Hauptgewinn auf Nr. 111.182, 2. auf 21.487, 3. auf 18.864, 4. auf 108.828, 5. auf 124.636, 6. auf 146.865. Ohne Gewähr mitgeteilt von der Firma D. S. K. & Co. in Wien, hier, Freitag, 25. Februar, 1913.

Deutscher Reichstag.

105. Sitzung. Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.
Auf Antrag der Reichstagskommission verlag das Haus die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Kretsch als Zeuge in einer Privatklagesache und zur Strafverfolgung des Abgeordneten Wendel.

Reichsamt des Innern.

Die Debatte wird fortgesetzt beim I. Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“, womit der Besondere Teil für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angehörige verbunden ist.

Abg. Giesberts (Zentr.) verlangt gesetzliche Maßnahmen gegen die Abonnementversicherung, trotzdem auch Zentrumsblätter behauerlicherweise sie als Reklame benutzen.

Abg. Tauschel (Soz.): Wenn man den Abg. Tauschel gestern hörte, so könnte man meinen, die Zeitungsverleger hätten aus reinem Mitleid mit dem armen Zeitungsleser die Abonnementversicherung eingeführt. Als meine Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung den Kreis der gegen Unfall zu Versicherenden erheblich erweitern wollte, stimmten die National-Liberalen da zu. (Hört, hört! bei den Soz.) Man behauptet, die Zeitungsverleger hätten schon durch die Zeitung den Gegenwert für den Abonnementbetrag und hätten die Versicherung umsonst. Aber der literarische Wert dieser Zeitungen ist derart gering, ohne die Abonnementversicherung würden sie am Abonnementerwerb zu Grunde gehen. (Zustimmung bei den Soz.) Wir sind grundsätzlich gegen die Verbindung von Verlagsgeschäft und Versicherung, und sehen auf dem Standpunkt, dem die Reichsversicherungsordnung die Mehrheit der Kommission meinte diese Kasse nicht zugelassen werden. Das eine Gute hat die Zulassung gehabt, daß die Statuten der Kasse neu zu geändert sind, daß die anscheidenden Arbeiter einen weit höheren Teil ihrer Beiträge zurückerhalten. Redner macht auf eine Umgehung des Gesetzes durch die Unternehmer aufmerksam, die Werkmeister, Vorarbeiter usw. in Arbeitsarbeit beschäftigen, nur um sie der Versicherung für Privatangehörige zu entziehen.

Abg. Dr. Tauschel (Soz.) betont, daß er nur aus sachlichen Gründen zu seinem Standpunkt gekommen sei.

Abg. Werner-Berfeld (Unl.) wendet sich gegen die Abonnementversicherung und verlangt mindestens Staatsaufsicht.

Abg. Trimborn (Zentr.) wünscht, daß der Magdeburger Privatbeamtenverein als Ersatzklasse zugelassen werde. Noch immer stehe die Entscheidung aus, während die Kasse der Firma Krupp sofort zugelassen worden sei, obwohl bei Beratung der Reichsversicherungsordnung die Mehrheit der Kommission meinte diese Kasse nicht zugelassen werden. Das eine Gute hat die Zulassung gehabt, daß die Statuten der Kasse neu zu geändert sind, daß die anscheidenden Arbeiter einen weit höheren Teil ihrer Beiträge zurückerhalten. Redner macht auf eine Umgehung des Gesetzes durch die Unternehmer aufmerksam, die Werkmeister, Vorarbeiter usw. in Arbeitsarbeit beschäftigen, nur um sie der Versicherung für Privatangehörige zu entziehen.

Ministerialdirektor Rasch: Die Kruppische Kasse ist nicht als Ersatzklasse zugelassen; sie hat das gesamt beantragt. Sie ist als Versicherungsunternehmen zugelassen worden.

Abg. Siebel (Soz.): Eine Reform des Angestellten-Versicherungsgesetzes muß möglichst bald erfolgen. Das Direktorium der Privatversicherung hat in seiner Tätigkeit, durch seinen ungesunden Geist, die Befürchtungen, die Mollenhuth seinerzeit ausgesprochen hat, durchaus gerechtfertigt. Dies zeigt schon die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für die Angestellten der neuen Versicherungsanstalt. Bei den Fragen an weibliche Versicherte nach dem Vorhandensein von Kindern hätte man wohl auch auf das Empfinden unverheirateter weiblicher Versichelter Rücksicht nehmen können.

Unvereinbar mit dem Gesetz ist der auf Veranlassung des Direktoriums vom preussischen Handelsministerium herausgegebene Erlaß, der bestimmt, daß bei Anträgen auf Heilberufverfahren die Angestellten selbst die Hälfte der auf 6 M. festgesetzten Gebühren für das ärztliche Gutachten zu tragen haben. Nicht wundern auch, daß die sonst auf ihre Interessen so bedachte deutsche Ärzteschaft sich gegen diesen Erlaß nicht gewehrt hat, der bestimmt, daß solche Gutachten nur von Kreisärzten abgegeben werden sollen. Die Werkpensionsklassen haben nur zwischen Ertrag- und Zuschußklassen zu wählen; die Auskünfte des Direktoriums, monach die Kasse auch als Lebensversicherungsunternehmen bestehen kann, verstoßt gegen Absicht, Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Das mußte hier festgehalten werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (kons.) wünscht, daß die großen Kapitalien, die bei der Versicherungsanstalt zusammenfließen, zu Gunsten des Mittelstandes und dezentralisierend verwaltet werden.

Ministerialdirektor Dr. Caspar sagt dies nach Möglichkeit zu und bemerkt sich (auf der Tribüne unverständlich) darzulegen, daß die Zulassung der Kruppischen Versionsklasse als Versicherungsunternehmen sowohl dem Gesetz wie den Intentionen der Mehrheit der Kommission bei der Beratung des Gesetzes entspricht.

Abg. Siebel (Soz.): In der Kommission wollte man lediglich solchen Kassen, wie dem Magdeburger Privatbeamtenverein, die Möglichkeit schaffen, als Versicherungsunternehmen zu existieren, nicht aber Werkpensionsklassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Beratung.
Am Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer

für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit für das deutsche Reich 60.000 M. verlangt eine Resolution Albrecht (Soz.) die Gründung einer Reichsanstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit, und ein Antrag Mumm (wirtsch. Vgg.) im nächsten Etat die Einstellung größerer Mittel.

Abg. Büchner (Soz.): Zur Erklärung des schon seit 1876 zu konstatierenden Geburtenrückganges werden recht komische Anzeichen ausgeprochen, so soll die Frauenbevölkerung schuld sein, die zunehmende Freligiosität, die steigende Ausbeutung der Sozialdemokratie. Dabei ist doch gerade die Sozialdemokratie stets für weitgehenden Mutter- und Säuglingschutz eingetreten. Nicht die beherrschte Wirtschaftspolitik, sondern die verkehrte Wirtschaftspolitik trägt die Schuld, weil die Mütter an Unterernährung leiden und Hunderttausende von Kindern schon im Mutterleib hungern. Im Oktober 1911 tagte die wissenschaftliche Deputation für weibliche Medizinalwesen, wo von berufener Seite unumwunden eine Aenderung der agrarischen Gesetzgebung zugunsten der gesamten Bevölkerung verlangt wurde. Arbeiterinnenchutz und offene Grenzen wurden als die besten Mittel gegen den Geburtenrückgang dort angegeben. Die Fortschritte sind in einer Broschüre zusammengestellt, die gewissermaßen amtlichen Charakter hat.

Von allen Mängeln wird als bestes Mittel gegen Säuglingssterblichkeit die natürliche Ernährung empfohlen. Aber die Proletarierfrauen müssen außer dem Hause arbeiten, und ihren Säuglingen notgedrungen der künstlichen Ernährung überliefern. Daher kommt es, daß die Säuglingssterblichkeit bei uns so außerordentlich groß ist und zwar in den verkehrsreichsten Teilen des Reiches, in Westpreußen, wo sie auf dem Lande noch größer ist als in der Stadt, in Sachsen, in Bayern; besonders hoch ist sie in Wachen, wo das fromme Zentrum in der Gemeinde einen so hervorragenden Einfluß hat. Es gibt ja auch einige Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie einen Einfluß ausübt und dort spricht das Ergebnis durchaus zu unseren Gunsten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie dem Bevölkerungszugang Einhalt tun wollen, müssen Sie für Mutter- und Säuglingschutz sorgen. Hier sollen einer privaten

Anstalt 60.000 M. überwiesen werden. Diese Summe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit für ein Reich von 65 Millionen ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Im vorigen Jahre bereits sprach man davon, die Summe zu verdrei- oder zu vervierfachen; sie müßte aber mindestens zehnmal so hoch sein. Aber was kümmern sich die Mehrheitsparteien und das deutsche Reich um die Erfüllung von Kulturaufgaben. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung traten wir für weitgehenden Mutterchutz und für Schwangerschaftsversicherung ein. Aber dafür ist in Deutschland kein Geld vorhanden. Deutschland steht mit an erster Stelle in Bezug auf die Säuglingssterblichkeit, deshalb liegt die Errichtung einer Anstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit im Interesse des Reiches. Es ist die Pflicht des Reiches, Vorkahrungen zu treffen, um die jungen Menschenleben und die Mütter zu schützen. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so beweisen Sie damit, daß die Mehrheitsparteien wohl bereit sind, Hunderte von Millionen zu bewilligen, um neue Werkzeuge für den Mord an Kindern zu schaffen; aber nicht Mittel zu bewilligen für Mutter- und Säuglingschutz, für Kulturzwecke, deren nachzukommen Menschenpflicht ist. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. v. Gräfe (kons.): Daß die Säuglingssterblichkeit mit den traurigen sozialen Verhältnissen zusammenhängt, wissen wir auch. Hier ist aber nicht die richtige Gelegenheit, sich über die Ursachen dieser sozialen Verhältnisse auseinanderzusetzen. Die Sozialdemokratie stellt bekanntlich alle sozialen Maßnahmen in den Dienst ihrer besonderen Zwecke für die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig! rechts.) Bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wollen wir alle kommunikativen Beigehilfe (weiter links b. d. Soz.) vermeiden sehen. Das Schwergewicht in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit liegt bei den Familien, den Kommunen und der privaten Fürsorge. Die Übernahme dieser Aufgabe durch den Staat lehnen wir ab.

Abg. Heyn (Vpt.): In Bayern ist die Säuglingssterblichkeit besonders groß. Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit ist die mangelnde Stillsäugigkeit der Mütter. Viele Säuglinge sterben auch an Verdauungsstörungen durch Überernährung infolge des Unverstandes der Mütter, die das Kind zu früh mit Vollmilch und fetten Speisen ernähren. In den besser bemittelten Kreisen fehlt es den Müttern vielfach an dem Willen, ihr Kind selbst zu stillen. Gegen die Gründung einer Reichsanstalt haben wir wesentliche Bedenken. Dagegen sollte die Summe im Etat erhöht werden.

Abg. Mumm (wirtsch. Vgg.): Der erste Redner hat selbst in diese Frage parteipolitische Streitigkeiten hineingetragen. Bei Gründung einer Reichsanstalt würde das Auguste-Viktoria-Haus durch Wegfall des Reichszuschusses in schwere Bedrängnis kommen. Deshalb bitte ich, unseren Antrag zurückzunehmen.

Abg. Schirmer (Z.): Der sozialdemokratische Redner hat versucht, die katholische Bevölkerung und das Zentrum für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit verantwortlich zu machen. Das weise ich zurück. Vielfach liegt die große Säuglingssterblichkeit in bestimmten Bezirken an der Beschaffenheit des Viehfutters infolge des kalkreichen Bodens. Wir stimmen dem Antrag Mumm zu. Der Antrag Albrecht (Soz.) wird abgelehnt, der Antrag Mumm angenommen.

Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose werden 100.000 M. gefordert.

Abg. Kühle (Soz.): Auch diese Summe ist viel zu klein. Das Reich hat die Pflicht, reichere Mittel zu vorbeugenden Maßnahmen besonders gegen die Kindersterblichkeit zur Verfügung zu stellen. Für die höheren Lebensalter ist ein Rückgang der Sterblichkeit an Tuberkulose festgestellt, für die Jugend ist eher eine Zunahme erfolgt; erst in der allerletzten Zeit ist die Sterblichkeit hier stationär geworden. Systematische schulärztliche Untersuchungen haben ergeben, daß die Tuberkulose unter den Schülern viel mehr verbreitet ist, als man früher glaubte. Die Bekämpfung dieser Volkskrankheit bei der Jugend hat bisher fast ausschließlich in der Tuberkuloseerkrankung in den allerersten Lebensjahren, während sie z. B. in England gesunken ist. Die Gemeinden könnten in der Bekämpfung der Tuberkulose viel mehr tun. Das Reich aber müßte durch eine großzügige Organisation den Kampf gegen die Tuberkulose aufnehmen. Sehr verbreitet ist auch die latente Vorform der Tuberkulose, die Strömungskulose. Daß über deren Umfang systematische Untersuchungen notwendig sind, sagt auch das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Resolution, die für das nächste Jahr eine Erhöhung des Titels um 60.000 Mark fordert, ist sehr bescheiden. Schon im vorigen Jahre hat der Reichstag in einer Resolution einen Entwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose verlangt. Wir können daher wohl erwarten, daß nunmehr bald etwas ernstliches geschieht, namentlich vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Jugendlichen. Denn auf der Jugend beruht die Zukunft der Nation. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir haben beantragt, den Titel im nächsten Jahr um 60.000 Mark zu erhöhen. Diese Summe möchten wir der neuen Sektion überwiesen sehen, die sich im Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose speziell beim Mittelstand der der Verhütung nicht unterliegt, gebildet hat. Die Resolution wird angenommen.

Dem Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer deutschen

Verkehrsanstalt für Luftschiffahrt“ erklären auf Anträgen aus dem Hause die Regierungsvertreter, daß die Schaffung eines internationalen Luftschiffahrtsrechts am Widerspruch Englands gescheitert ist. Das Reichsamt des Innern habe schon vor zwei Jahren an die Landesregierungen das Ersuchen gerichtet, für Sicherheitsmaßnahmen bei Flugversuchen Vorkahrungen zu treffen.

Beim Titel „Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 7. Rate 56 Millionen“ wird eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die die sorgfältige Durcharbeitung der Vorarbeiten bei der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten wünscht, damit die Submittenten angemessene Gebote abgeben können.

In einem außerordentlichen Etat werden zur Förderung des Kleinwohnungsbaus 4 Millionen verlangt. Eine Resolution Mumm (wirtsch. Vgg.) verlangt, den Betrag für Wohnungsfürsorge im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen.

Die Budgetkommission beantragt in einer Resolution, die ausgeworfene Summe zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen im nächsten Etat angemessen zu erhöhen, und in einer zweiten Resolution wünscht sie noch im Herbst dieses Jahres einen Gesetzentwurf, durch den das Reich in Verbindung mit den Einzelstaaten unter gewissen Bedingungen die Bürgerschaft für 2. Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinschaftlicher Baugesellschaften übernimmt.

Abg. Göhre (Soz.): Die Hoffnung auf eine baldige Finanzkrise einer gründlichen reichsgesetzlichen Regelung des Wohnungsproblems ist wieder einmal niedergeschlagen, und zwar durch die Schuld Preußens. Der Reichstag hat wiederholt ein Reichswohnungs-gesetz gefordert und die Regierung hat es auch in Aussicht gestellt. Damit wurde die Kompetenz des Reiches zur Regelung des Wohnungsproblems ausdrücklich anerkannt. Der Staatssekretär Delbrück wird freilich wahrscheinlich erklären, in erster Reihe sei das Landesgesetz. Seine Rückkehr auf diesen Standpunkt ist wahrscheinlich durch den Einfluß Preußens veranlaßt.

Die Unterwerfung des Staatssekretärs unter die Kränkung der Herren v. Döllwigh und Endow beweist wieder einmal, daß in Wahrheit im Reich die preussische Regierung herrscht, daß die einzelnen Staatssekretariate immer mehr

nur abhängige Dependenz von Preußen werden. Preußen treffen wir überall im Kampf gegen die Vorwärtsentwicklung. Gegen ein solches Preußen muß der Reichstag Front machen. Preußen hat nun einen eigenen Wohnungs-gesetzentwurf eingebracht. Die „Forderung“ des Staatssekretärs, daß das andernfalls vom Reich geforderte, war sicherlich recht harmlos, sie war wohl nur die etwas pikante Einleitung der nichternen Mitteilung, Preußen werde auf diesem Gebiet vorgehen. Herr Delbrück mußte, als er diese „Forderung“ aussprach, sicherlich, daß das Manuskript des preussischen Entwurfs bereits fertig war. Aber der Reichstag darf sich das Verdienst zuverehen, durch ein fortgesetztes Drängen,

Preußen endlich zu seinem Vorgehen gezwungen zu haben. Der preussische Entwurf darf uns aber nicht dazu bestimmen, die Hände in den Schoß zu legen. Wir wissen nicht, ob er an den Landtag gelangen wird, und wenn er dorthin gelangt, haben wir keinen Einfluß auf sein Schicksal. Der Entwurf bringt ja in seiner ersten Hälfte Bestimmungen, die, wenn sie Gesetz werden, sicherlich recht harmlos, sie war wohl nur die etwas pikante Einleitung der nichternen Mitteilung, Preußen werde auf diesem Gebiet vorgehen. Herr Delbrück mußte, als er diese „Forderung“ aussprach, sicherlich, daß das Manuskript des preussischen Entwurfs bereits fertig war. Aber der Reichstag darf sich das Verdienst zuverehen, durch ein fortgesetztes Drängen,

Preußen endlich zu seinem Vorgehen gezwungen zu haben. Der preussische Entwurf darf uns aber nicht dazu bestimmen, die Hände in den Schoß zu legen. Wir wissen nicht, ob er an den Landtag gelangen wird, und wenn er dorthin gelangt, haben wir keinen Einfluß auf sein Schicksal. Der Entwurf bringt ja in seiner ersten Hälfte Bestimmungen, die, wenn sie Gesetz werden, sicherlich recht harmlos, sie war wohl nur die etwas pikante Einleitung der nichternen Mitteilung, Preußen werde auf diesem Gebiet vorgehen. Herr Delbrück mußte, als er diese „Forderung“ aussprach, sicherlich, daß das Manuskript des preussischen Entwurfs bereits fertig war. Aber der Reichstag darf sich das Verdienst zuverehen, durch ein fortgesetztes Drängen,

Preußen endlich zu seinem Vorgehen gezwungen zu haben. Der preussische Entwurf darf uns aber nicht dazu bestimmen, die Hände in den Schoß zu legen. Wir wissen nicht, ob er an den Landtag gelangen wird, und wenn er dorthin gelangt, haben wir keinen Einfluß auf sein Schicksal. Der Entwurf bringt ja in seiner ersten Hälfte Bestimmungen, die, wenn sie Gesetz werden, sicherlich recht harmlos, sie war wohl nur die etwas pikante Einleitung der nichternen Mitteilung, Preußen werde auf diesem Gebiet vorgehen. Herr Delbrück mußte, als er diese „Forderung“ aussprach, sicherlich, daß das Manuskript des preussischen Entwurfs bereits fertig war. Aber der Reichstag darf sich das Verdienst zuverehen, durch ein fortgesetztes Drängen,

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Sachsisch. Dachscher. Zum erstenmale fand im Beisein des Gauleiters Schreiner in Jostau am Verge eine Versammlung statt. Sie nahm die Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1912 entgegen. Kollege Schreiner erklärte, daß er alles geprüft und für richtig befunden habe. Dann hielt Kollege Schreiner ein Referat über die gegenwärtige Situation im Dachscherbergrube unter Berücksichtigung des bevorstehenden Kampfes. Wegen des Vorgehens der Breslauer Meister ermahnte er die Kollegen die Sache abzuwarten und durch Stärkung ihrer Organisation Sorge zu tragen, daß die Pläne der Breslauer Meister an der Solidarität der Kollegen scheitern. In der Debatte sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Kollege Joppich will, daß in Jostau ein Tarif vorgelegt wird, weil die Meister noch keinen haben und der Lohn um 16 Pfg. gegen den Breslauer Lohn zurück ist. Kollege Schreiner macht vorläufig davon Abstand zu nehmen, bis die Situation sich geklärt hat.

Der Antrag: Die bisher eingeführten Gaubeiträge, die durch Abführung der 8% an die Zentrale hinfällig geworden sind, sollen zur Bekämpfung der Delegierten auf den Gaubtag verwendet werden, wurde einstimmig angenommen.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. Die Vertragsverhandlungen zwischen den beiden Zentralvorständen unter dem Vorsitz des Freiherrn von Verlesch wurden am Dienstag abend unterbrochen, um am Mittwoch früh die Lohnfrage im Beisein von Vertretern aus den einzelnen Orten zu verhandeln. Diese Verhandlungen nahmen zwei Tage in Anspruch. Am ersten Tage wurde verhandelt über Berlin nebst den Vororten sowie über die übrigen Orte der Gane Berlin, Leipzig, Dresden, Hannover, Erfurt und Gumburg. Am zweiten Tage ergriffen die Vertreter der Gane Steinfur, Breslau, Magdeburg, Danzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, München und Düsseldorf-Cöln. In aller Gründlichkeit wurden die von den Arbeitern beschlossenen Lohnforderungen durch die Vertreter der einzelnen Orte begründet, während die Vorkämpfer der Unternehmer nichts unversucht ließen, um nicht nur die Unmöglichkeit der Bewilligung dieser Forderungen, sondern auch deren Nichtberechtigung nachzuweisen. Zu einem Ergebnis haben auch diese Verhandlungen noch nicht geführt.

Am Freitag trafen die Zentralvorstände unter dem Vorsitz des Unparteiischen abermals zu einer Sitzung zusammen, um alsdann erneut den Versuch einer Verständigung zu unternehmen. Jedem welche Anhaltspunkte über den schließlichen Erfolg oder Misserfolg dieser Verhandlungen sind zur Zeit noch nicht vorhanden.

Eine eigenartige Demonstration veranstaltete die gesamte Arbeitererschaft der Altengesehnde Weser in Bremen. Aus Anlaß der Befreiung eines vor wenigen Tagen auf der Werft tödlich verunglückten Kameraden blieb die gesamte Arbeitererschaft — ungefähr 4000 Mann — ohne vorherige Bewachung durch den Arbeitgeber und der Direktion der Arbeit am Donnerstag nachmittag fern und folgte dem Verstorbenen zu Grabe im endlosen imposanten Leichenzuge. Der Leichzug auf der Werft wurde deshalb vollständig.

Eine Lohnbewegung der Strick- und Wollweberei. Orange ist in den Chemnitz Landbezirken im Gange. Es handelt sich darum, eine einheitliche Lohnzahlung zu erreichen. In dieser Beziehung herrscht bisher die größte Willkür. Den Fabrikanten ist es schon im Herbst mitgeteilt worden, daß sie bei ihren neuen Kalkulationen erhöhte Löhne in Rechnung stellen sollten, um dem Vorwand zu neuer Verringerung der Arbeiterförderung zu begegnen. Angesichts der allgemeinen Lohnerhöhung ist eine Lohnaufbesserung dringend nötig. Die Unternehmer verhalten jedoch die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben. Der Leiharbeiterverband strebt zunächst eine Verständigung auf friedlichen Wege an.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe finden am 10. Februar und folgenden Tagen im Preussener Künstlerhaus statt. Es sind Differenzen für 43 Orte zu schlichten. Verschiede Verhandlungen sind in diesen 43 Orten der nun stattfindenden zentralen Verhandlungen bereits bis zum Zusammenstreiten des unparteilichen Kollegiums vorausgegangen. Wurde bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Einigung erzielt, so fällt jetzt das Kollegium der Unparteilichen einen Schiedspruch. Innerhalb 14 Tagen haben dann die Parteien, der Unternehmerverband und der Verband der Schneider, an die Unparteilichen Nachricht zu geben, ob sie den gefällten Schiedspruch annehmen oder ablehnen. Die zentralen Verhandlungen müssen sich also mit jedem der 43 Orte einzeln beschäftigen und die Vertragsbedingungen prüfen. Als Unparteiliche fungieren: Magistratsrat von Schulz, Berlin, Dr. Freyner, München, Magistratsyndikus Dr. Tiller, Frankfurt a. M.

Neue Unzufriedenheit unter den Hamburger Hochbahnangestellten erregt das provokatorische Vorgehen der Direktion gegen die Angestellten. Es sind fünf Fahrbeamte aus unbekanntem Grund entlassen worden. Auch soll die Mitteilung darüber, daß Streikende Sabotage verübt hätten, von der Direktion in die Presse gegeben worden sein. Eine Versammlung der Streikenden war über dieses Verhalten der Direktion sehr erregt, und es wurde die Frage ventiliert, ob von neuem gestreikt werden sollte. Dazu wird es aber wahrscheinlich nicht kommen. Zu dem Anwurf der durch die Streikenden verübten Sabotage wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß zu jener Zeit, als der Betrieb der Hochbahn durch Fällung der elektrischen Leitung inhibiert wurde, die Streikenden eine Versammlung abhielten und schon deshalb die Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist, daß einer der Streikenden sich zu solcher Unfugigkeit hätte verleiten lassen. Die Polizei hat übrigens eine Verfügung erlassen, wonach jedem Fahrbeamten, der sich am Streik beteiligt, der Fahrschein entzogen werden soll.

Die bei der Firma **Robert Koch in Stuttgart** am 22. Januar über den ganzen Betrieb verhängte Sperre ist aufgehoben worden.

England. Der Londoner Grafschaftsrat richtete vor einiger Zeit eine Ausbildungsschule für Kellner und Köche ein. Die ersteren müssen einen einjährigen, die letzteren einen dreijährigen Kursus durchmachen. Bisher ist der Vordruck zu dieser Schule sehr stark. Auffallend ist dabei, daß sie auch von den ausländischen Hotelierern und sogar von dem viele Millionen reichen Vorfigenden des gelben Gehilfenverbandes „Genfer Verband“ so warm empfohlen wird, obwohl ihre Einrichtung nur der Agitation gegen die ausländischen Gehilfen zu verdanken ist.

Dänemark. Im kommenden Frühjahr laufen die Tarifverträge für 21376 Arbeiter ab, an denen 29 Gewerkschaften beteiligt sind. Von den letzteren gehören 5 der gewerkschaftlichen Landeszentrale nicht an. Im Malereigewerbe sind alle Verträge im ganzen Lande gekündigt, während von den unelernten Arbeitern etwa 5000, von den Maurern über 4000 Mitglieder an der Tarifbewegung beteiligt sein werden.

Norwegen. Der norwegische Buchdrucker-Verband hat seinen Buchdruckerbesitzern den Entwurf zu einem Reichstaxi überreicht. Der Entwurf ist das Produkt eingehender Verhandlungen der Verbandsinstanzen mit den Filialen und deren Vertretern. Bisher gab es im norwegischen Buchdruckerigewerbe nur Lokaltaxi, die zurzeit in 47 Orten durchgeföhrt sind, das heißt in fast allen Orten, wo das Buchdruckerigewerbe einen nennenswerten Bedeutung hat. In dem jetzigen Entwurf zu einem Reichstaxi wird die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, eine Woche Ferien im Jahre, eine Erhöhung der Minimallohne auf 24-30 Kronen pro Woche, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiterinnen und eine Neuordnung der Lehrlingskassen gefordert. — Im Jahre 1912 konnte der Malerverband keine Mitgliederzahl von 835 auf 989, die Zahl seiner Filialen von 20 auf 22 steigern. Er hat 7 neue Tarifverträge für 455 Arbeiter durchgeföhrt. Die Einnahmen betragen 3036 Kronen, die Ausgaben 2721 Kronen, darunter 7099 Kronen für Streifenunterstützung. — Der norwegische Verband der Sägenhauerarbeiter zählte am Jahresende 2270 Mitglieder gegen 1867 am Schluß des Vorjahres. Die Einnahmen betragen 44976 Kronen, die Ausgaben 26263 Kronen, darunter für Streiks 3337 Kronen.

Amerika. Die „Frank. Bg.“ meldet aus New York: Der Streik der Stahltrütarbeiter ist fehlgeschlagen.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Beislerwitz, 6. Februar. Aus der Parteibewegung. In einer hier am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Parteigenossen wurde zunächst die Abrechnung gegeben. Kassenbestand bleiben 89,55 Mark. In den Vorstand wurden gewählt: die Genossen: Koch als Vorsitzender, Mai als Kassier und S. Salzborn als Schriftführer. Besetzt wurde, daß die Bibliothek zu wenig benutzt wird. Zum Bibliothekar wurde Genosse F. Klotz ernannt. Beschlüssen wurde, daß in Zukunft bei erweiterten Sitzungen nur die Delegierten zu den erhalten. Anstelle des Genossen G. Salzborn wurden die Genossen Obst und Mai in die Lokalkommission gewählt. Getadelt wurde das Verhalten des Genossen G. Salzborn, der in seiner Eigenschaft als Lokalkommissionenmitglied ohne zwingenden Grund lokalisierte Lokale besucht hat. Zum Schluß wies Genosse Obst noch auf den großen Unterschied der Mitgliederzahlen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation hin. So sollen bei 180 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Beislerwitz bisher nur 70 den Weg zur politischen Organisation gefunden haben.

Brieg, 7. Februar. Aus dem Stadtparlament. In der am 5. Februar stattgehabten Sitzung wurden zunächst die Mitglieder verschiedener Kommissionen gewählt. Für Herrn Galka, der um Entbindung von seinem Amt als Armenrat gebittet, wird Herr Kärstnermeister Diehr gewählt. Der „Brieger Zeitung“ wird die Passivsumme für die Aufnahme sämtlicher Angelegenheiten von 300 auf 500 Mark jährlich erhöht. Die Beiratsmitglieder für die Lehrerin Fel. Schubert in Höhe von 70 Mark werden bewilligt. Allerdings muß Fel. Schubert der Stadt drei Jahre ihr Recht zur Verfügung stellen, sonst muß sie die Summe an die Stadt zahlen. Einige kleinere Vorlagen fanden ihre debattierte Entscheidung, nur der Antrag des Magistrats, die Brieger Singakademie mit 500 Mk. zu subventionieren, rief eine kurze, sachliche Debatte hervor. Allerdings wurde betont, daß die Singakademie bereits in nur ganz kleine Aufzählungen, und es daher auch angebracht erscheint, den Betrag zu bewilligen. Da auch vom Vorstand verprochen wurde, Sängern Arrangements zu beschaffen, wurde der Betrag des Magistrats mit dem bisherigen Inhaber des Magistrats in Stichwörterweise wurde auf drei Jahre zu den bisherigen Bedingungen verlängert. Ebenso wurde einer Neuverpflichtung des Schauspielhausarrangements zugestimmt. Die Kapitalfrage wird durch eine am der Sitzung der Kirchengemeinde anhängende elektrische Hogenlampe bessere Beleuchtung erhalten. Es folgten hierauf noch die Beschlüsse von fünf Haushaltsangelegenheiten und zwar des Gewerkschafts mit Einnahme und Ausgabe von 1800 Mark, des Markts mit 20.000 Mark, des Schauspielhauses, das einen Zuschuß von 700 Mark bei einer Einnahme von 500 Mark erfordert, des Hospitals mit Einnahme und Ausgabe von 14.200 Mark, und endlich der des Armenwesens. Einnahmen für diese Zwecke sind auf 243,52 Mark für Ausgaben dagegen sind 62.413,52 Mark vorgeschlagen. Es ist die Sitzung von 51.200 Mark mit 8. Gegen das Vorjahr mehr 2000 Mark. Genosse G. K. fragte, wie hoch der Zuschußbetrag der geschuldeten Untergängen sei, worauf Herr Kärstnermeister Kida antwortete, daß jeder einzelne Fall geprüft wurde und je nach Lage der Behörde die zu zahlende Unterstützung bemessen wird, was also von einer Gesamtschätzung des Markts hergeleitet werden kann. Herr Kärstnermeister Kida antwortete, daß die Unterstützung für die Armen im Jahre 1912 2. M.

Der erhöhten Lebensmittelpreise die Unterhaltungen zu erhöhen. Von einem Stadtratsordner wurde gefordert, daß die Stadt den kleinen Geschäftlern durch die Warenverhältnisse die Konkurrenz mache. Es wurde ihm mit Recht entgegengehalten, daß es im Interesse der Stadt liegt, wenn das im Stadtkopf zurückbleibende Holz dort zu billigen Preisen abgegeben würde.

Zweibrück, 7. Februar. Eine brave Latendrei Kinder dem Flammentode entrisen. In dem an der Reichenbacher Straße belagerten Gasthaus „Zur Weintraube“ brach Donnerstag durch die Nachlässigkeit eines Kaufmannslehrlings, der mit Streihölzern in einer Kammer unhergeleitet, ein Schuppenfeuer aus, das den Dachstuhl völlig zerstörte und die tiefer gelegenen Stühle stark beschädigte. Leider ist auch ein Menschenleben als Opfer des Elements zu beklagen. Das einjährige Töchterchen Erna des Bierkassiers Schiller, das sich mit seinen drei Geschwistern im Alter von zwei bis fünf Jahren ohne Aufsicht in der Wohnung der Eltern befand, hat den Tod in den Flammen gefunden, während die drei anderen Kinder durch den Heldennut der Kaufmannsfräule G. Käufer gerettet wurden, die ungeachtet der Gefahr in das brennende Haus einbrang. Obwohl ihr die Flammen ringsum entgegenstiegen, war sie auf die Nachricht, daß den Kindern der Feuertod drohe, in die Schillerische Wohnung geeilt und hatte aus dem bereits brennenden Räume drei Kinder herbeigeholt und in Sicherheit gebracht. Leider wußte sie nicht, daß sich noch ein viertes Kind in der Stube befand, die einjährige Erna, die noch in ihrem Bettchen lag und der Tod in den Flammen fand. Die Mutter der Kinder hatte, als sie sich aus der Wohnung entfernte, einen brandigen Geruch wahrgenommen, diesem aber keine Bedeutung beigemessen, da sie glaubte, er rührte von einer benachbarten Wädderei her. Wenige Minuten später sah sie das Stöckchen in Flammen und fand den Weg zu ihren Kindern abgeblockt. Der Feuerwehrgang es nach anderthalbstündiger angestrengter Tätigkeit, die Gewalt der Flammen soweit zu brechen, daß die Feuerwehrleute in die brennenden Räume eindringen konnten. Sie fanden das vermisste Kind verkohlt an der Stelle, wo das Bett gestanden hatte.

Patzkau, 7. Februar. Zu Zwangspatrioten wollte der Rektor der hiesigen katholischen Volksschule die Fortbildungsschüler am Geburtstag Wilhelm II. erziehen, indem er ihnen 5 Mark Strafe androhte, wenn sie zur Geburtstagsfeier nicht erschienen. Selbstverständlich hatte der Rektor dazu nicht das geringste Recht. Wenn auf diese Weise Patrioten gemacht werden sollen, dann muß es mit dem Patriotismus herzlich schlecht bestellt sein.

Glogau, 6. Februar. Ein Feind des Konsumvereins. Kaufmann Hoffmann, der auf dem Markte wie in der Langenstraße und Wilhelmstraße große Kolonial- und Delikatessengeschäfte besitzt, hat in der letzten Sitzung der Handelskammer folgenden Antrag gestellt: „Die Handelskammer möge dem Erfuchen des Verbandes der Rabattvereine Deutschlands zustimmen, die Heranziehung der Konsumvereinsmitglieder zur Einkommensteuer unversucht, dem Vortrage Hammer entsprechend, fordern.“ Selbstverständlich hat die Handelskammer diesen Antrag des Feindes jeder Selbsthilfe zum Beschluß erhoben.

Bunzlau, 5. Februar. Aus dem Gewerkschaftsleben. Die am Sonntag hier abgehaltene öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung war sehr gut besucht. Genossin Anstorg-Neu-Salzbrenn sprach über das Thema: Die Selbsthilfe der Arbeiterklasse. An der Hand von Beispielen schilderte die Rednerin die Not und das Elend der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen und verlich dieses mit dem Leben der belagerten Klasse, die es sich noch anmaßen, die Arbeiter in ihrem Elend zu verhören. Sie zeigte auch die Wege die gegangen werden müssen, um sich selbst aus der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien und forderte die Anwesenden auf, sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem deutschen Fabrikarbeiterverbande anzuschließen. Lebhafter Beifall folgte ihren Ausführungen. Ein Zeichen, daß sie allen aus den Herzen gesprochen hatte. Nach kurzer Diskussion und Aufnahme einiger neuer Kämpfer für den Deutschen Fabrikarbeiterverband wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Bunzlau, 6. Februar. Schlechter Weg. Ein tragikomisches Ereignis trug sich Mittwoch vormittag auf dem neu angelegten Verbindungswege vom Bahnhofplatz nach der Schönfelder Straße zu. Ein diese Straße passierender hiesiger Einwohner blieb plötzlich mitten auf dem aufgeweichten lehmigen Wege mit seinen Stiefeln stecken und bei dem Bemühen, die Reine herauszuziehen, verlor er noch tiefer in Lehm und fiel dann um. Ein des Weges kommender Postbote sah den Verunglückten liegen und wollte ihn herausziehen, aber es gelang ihm nicht, da der Mann mit seinen Beinen zu tief im Lehme steckte und er schließlich auch zu versinken drohte. Der Postbote holte dann Hilfe herbei, erst dann gelang es, den hilflosen Mann aus seiner Lage zu befreien. Und dabei ist dieser Weg erst neu angelegt worden.

Zaner, 7. Februar. Die Folgen der Bankkatastrophen. Durch die Bank- und Konfuziakatastrophe, die über unsere Stadt hereingebrochen ist, sind viele hiesige Arbeiter leider gezwungen, von hier abzuwandern. Seit Neujahr hat die Wagenfabrik Lange ihren Betrieb ganz eingestellt; die Maschinenwerkstätte K. K. hat die Hälfte der Arbeiter entlassen und in anderen Betrieben erfolgte ebenfalls eine Reduzierung des Arbeitspersonals. Auf so schwere Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben einer kleinen Stadt auch auf das Partei- und Gemeinheitsleben lähmend wirkend, ist zu verstehen. Um so mehr haben die am Orte verbleibenden Arbeiter die Pflicht, die verschiedenen Mägen durch eifrige Agitation für Partei, Gewerkschaft und Volkswacht wieder auszufüllen, zumal wir vor Erfüllung großer politischer Aufgaben stehen. Im Mai d. J. finden die Landtagswahlen statt. Die Auflösung des Reichstags liegt schließlich auch nicht aus dem Bereich der Möglichkeit. Um allen diesen Ereignissen gewappnet gegenüberzutreten, ist es notwendig, die Arbeiterorganisationen zu stärken. Notwendig ist es aber auch, diejenigen Geschäftsleute, die bei der öffentlichen Wahl für uns stimmen und auch diejenigen, die in der Volkswacht inserieren, bei Entlohnungen zu unterstützen. In dieser Beziehung läßt das Solidaritätsgefühl der Arbeiter noch viel zu wünschen übrig. Das muß auf alle Fälle anders werden, wenn wir den Segen der Nation vor uns beibringen wollen.

Glab, 6. Februar. Eine soziale Lat. Weil der Firma Erkel & Scholz (Schuhfabrik) die Leistungen zur Privatpensionsversicherung zu hoch erschienen wurden sämtliche Angehörigen vom Gehalt die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, die die Firma bisher allein bezahlte, ganz in Abzug gebracht.

Bunzlau, 6. Februar. Unter Abend. Auf vielseitigen Wunsch hat der Bildungsausschuß die bekannte Vortragende Frau Margarete Balkotte für einen bunten Abend am Dienstag den 11. Februar, im Saale der „Drei Kronen“ gewonnen. Beginn abends 8 Uhr. Programme zum Preise von 20 Bg. pro Person sind im Bordverkauf erhältlich bei den Genossen Otto Jung, Bahnhofsstraße 19, Gust v. Dellwitz, Zollstraße, und in den Lagern des Konsumvereins. Für Spenden bei Genossen August Kubetta, Neuer-Tierendorf Nr. 134. Eintritt an der Abendkasse pro Person 40 Bfa.

Gottesberg, 7. Februar. Sturm in unserer Stadt angerichtet hat, scheint doch bedeutend größer zu sein, als anfänglich angenommen wurde. Ueber die Höhe des Schadens schwärmen die verschiedensten Gerüchte in der Stadt umher. Summen von 100.000 Mark werden noch als zu niedrig geschätzt bezeichnet. Wenn auch dies etwas übertrieben erscheint, so wird doch immerhin der Schaden auch von sachverständiger Seite auf 70 bis 80 000 Mk. angegeben. Diese Summe erscheint auf den ersten Blick außerordentlich hoch, doch wenn man bedenkt, daß es nur sehr wenig Häuser sind, die keinen Schaden erlitten haben, so wird die Höhe der Summe schon eher verständlich. Daß der Schaden ein hoher sein muß, beweist auch die Stellungnahme des hiesigen Magistrats, der in seiner letzten Sitzung am Dienstag beschlossen hat, den Landrat zu ersuchen, für die Geschädigten eine öffentliche Notstandskasse einzuleiten. Besonders soll die Regierung ersucht werden, eine namhafte Summe zu bewilligen.

Aus Oberschlesien.

Der neue Kurs der P. P. S.

In der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens galt bisher die Ansicht, daß es gleich sei, ob ein Genosse in der P. P. S. oder in deutschen sozialdemokratischen Vereinen Mitglied war, denn in jedem Falle war ja der organisierte Genosse Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Ansicht hat sich leider bei der P. P. S. beim der Redaktion des polnischen Parteiblattes merklich geändert. Bemerkenswert ist, daß diese Änderung erst dann eintrat, als die Zusätze des deutschen Parteivorstandes für das polnische Parteiblatt aufhörten. In Nr. 146 der „Gazeta Robotnicza“ vom 12. Dezember v. J. war u. a. folgendes zu lesen:

„Es ist darum unsere Pflicht, jedem polnischen Arbeiter zu erklären, daß er der polnisch-sozialistischen Partei angehören und sein politisches Organ lesen muß. Wenn sie trotz em die deutsche Presse unterstützen und verschiedenen deutschen Vereinen angehören, so können wir unter keinen Umständen solche Menschen als unsere Genossen betrachten. Sie gelten als Renegaten, die mit dem Blick der Verachtung gemessen und so behandelt werden müssen, wie sie es verdienen.“

Das ist eine schwere Beleidigung der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine Oberschlesiens. Eine solche Ansicht wurde bisher nur von den Nationalpolen vertreten und von uns bekämpft, weil wir noch immer auf dem Standpunkt stehen, daß sich jeder dort organisieren soll, wo es ihm am besten gefällt; die Hauptsache ist und bleibt, daß die sozialdemokratische Partei wächst. Für Oberschlesien ist das nur polnische auch gar nicht mehr denkbar, denn auch die Arbeiter sprechen mindestens so gut deutsch wie polnisch und polnisch lesen können nur noch die alten Leute und eine dünne Schicht der Intellektuellen. Dieser Ansicht verschließen sich sogar nicht einmal die Nationalpolen, die bei den letzten Reichstagswahlen deutsche Flugblätter verbreiteten und ernstlich mit dem Plan umgehen, eine deutsche Zeitung zu gründen, um der herauswachsenden Jugend die Möglichkeit zum Lesen zu geben.

Einige führende Genossen der P. P. S. sind jetzt eifrig dabei, festzustellen, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Sozialismus treiben und gar deshalb, weil in ihren Versammlungen deutsch gesprochen wird. Wenn das Deutschsprechen in den Versammlungen als Sozialismus bezeichnet wird, dann treiben die Genossen der P. P. S., die jedes deutsche Wort meiden wie der Teufel das Weihwasser, zum mindesten Nationalpolenismus und das, wie obige Auslassung der „Gazeta“ zeigt, in recht gefährlichem Maße.

In der sozialdemokratischen Partei hat weder der Sozialismus noch der Nationalismus Platz; beide müssen, falls sie vorhanden sind, so schnell als möglich verschwinden. Hierzu aber ist notwendig, daß die heutige Organisationsform so bald als möglich verlohren geht. Auch in Oberschlesien darf es nur eine sozialdemokratische Partei geben, in deren Versammlungen deutsch und polnisch oder deutsch oder polnisch gesprochen und verhandelt wird. Die Entscheidung darüber hat die betreffende Organisation selbst zu fällen. Der neue Kurs der P. P. S. kann deshalb unter keinen Umständen ein solcher werden, wie ihn der jetzige Vorstand der P. P. S. bewirkt, dessen Organ wünscht. Dieser Weg führt mit Pauken und Trompeten zum Nationalismus, und das aus diesem Plan nichts wird, dafür büßt der internationale Sinn der Parteigenossen Oberschlesiens. Das Bestreben aller Genossen muß auf die Einheitsorganisation abzielen. Nur dann werden und können sich alle in der Partei glücklich fühlen, wenn wir geschlossen kämpfen. Mögen dies nicht nur unsere Genossen, sondern alle jene beherzigen, die sich mit aller Macht gegen das Zertrüben der Verhältnisse stemmen — noch ist es Zeit.

Beuthen OS., 7. Februar. Zur Katastrophe im Guldshinsky-Werk in Sosnowitz. Ueber das Unglück sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: In der Kesselabteilung der Fabrik wurden zwei neue Dampfessel montiert. Den Monteuren waren zwölf Arbeiter der Guldshinsky-Fabrik beistehend. Im Kesselhause befanden sich früher drei große Dampfessel, die sämtliche Maschinen der Fabrik in Betrieb setzten. Aus dem Kesselhause waren ältere Röhren nach der Fabrikzentrale gelegt, in denen der Dampf nach den anderen Abteilungen geleitet wurde. Um 11 Uhr vormittags fiel ein Kessel während des Hebens vermittelst eines Flaschensuges auf ein Rohr, das den Dampf nach der Zentrale abführt. Das Rohr hielt die Last nicht aus und platzte. Es erfolgte eine schreckliche Dampferplosion und die im Kesselhause befindlichen 12 Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Die Explosion erfolgte so rasch, daß die Arbeiter keine Zeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen. Drei Arbeiter, die sich in der Nähe des Ausganges befanden, erlitten leichte, die übrigen 9 schwere Verletzungen. Sie wurden durch andere Arbeiter mit Hilfe von Schutapparaten aus dem Kesselhause geholt. Die sofort herbeigerufenen Ärzte haben festgestellt, daß 4 Arbeiter tödliche Verletzungen erlitten. Das Kesselhause wurde auf Anordnung der Behörden versiegelt. Infolge der Katastrophe mußte die Fabrik auf einige Tage außer Betrieb gesetzt werden.

Wohlowitz, 7. Februar. Durch elektrischen Strom wurde am Montagabend in der Elektrischen Zentrale der Gewerkschaft „Graf Renard“ der 18jährige Arbeiter Stanislaus Prudel aus Siele tödlich verletzt. Durch eigene Unvorsichtigkeit kam er einer Leitung von 220 Volt zu nahe, er wurde zur Erde geworfen, erlitt so schwere Brandwunden, daß er nach 5 Stunden im Spital verstarb.

Krapitz, 7. Februar. Verbrüht. Das zehnjährige Kind des Freirens Schulz fiel in einen mit heißem Wasser gefüllten Wäschepfropf und verbrühte sich so schwer, daß es bald darauf verstarb.

Groß-Dombrowka, 7. Februar. Gräßlicher Tod. Borgehern, nachmittags 4 Uhr, fand die 17jährige Arbeiterin Barbara Dankele von hier auf der Samuelsgräber-Grube in der Nähe dadurch zu Tode, daß ihre Kleider vom Walzwerk ergriffen wurden. Sie erlitt veratliche Quetschungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Oberschlesische Vereine und Versammlungen.
Kattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslocal, Rathausstraße, Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung unter anderem Bericht vom deutschen Parteitag durch Genossen Höfing-Beuthen.